

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 1.50 RM., monatlich 1.20 RM.,  
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus,  
 vorauszahlbar. Einzelne Wochenblätter  
 nummeriert 5 Pf. Sonntagsnummer  
 mit illustrierter Beilage „Die Neue  
 Welt“ 10 Pf. Postbezug: Monatlich  
 2.00 RM., halbjährlich 10.00 RM.,  
 jährlich 18.00 RM., für das übrige Ausland 4 RM.,  
 monatlich. Postbelegungen nehmen  
 an Dänemark, Holland, Luxemburg,  
 Schweden u. die Schweiz, eingetragen  
 in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt f. die stehende Spalte Kolonnen-  
 weise 50 Pf. „Kleine Anzeigen“,  
 das heißt gedruckte Wort 20 Pf. (zu-  
 läufig 2 festgedruckte Worte), jedes  
 weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen  
 und Schiffsvermietungen das erste  
 Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.  
 Stelle oder 10 Buchstaben zählen für  
 zwei Worte. Leertungsgeld 20 Pf.  
**Familien-Anzeigen 50 Pf.**  
 Politische u. gewerkschaftliche Vereins-  
 anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,  
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-  
 gegeben werden. Gedruckt von 5 Uhr  
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. **Freitag, den 28. September 1917.** Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Abwehr der englischen Angriffe.

## Die Engländer in Flandern abgewehrt — 12 englische Divisionen im Kampf — Artillerieschlacht an der Maas — Auflebende Feuertätigkeit im Osten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. September 1917. (W. Z. B.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Schlacht in Flandern hat gestern vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein ununterbrochen tobte; in Kleinfämpfen setzten sie sich bis zum Morgen fort.

Wieder hat die kampfbewährte 4. Armee dem britischen Angriff getrotzt; Truppen aller deutschen Gauen haben Anteil an dem Erfolg des Tages, der dem Feinde noch geringeren Geländegewinn brachte als der 20. September.

Trommelfeuer unerhörter Wucht leitete die Angriffe ein. Hinter einer Wand von Staub und Rauch brach die englische Infanterie zwischen Manganele und Holkebele vor, vielfach von Panzerwagen begleitet.

Der beiderseits von Langemarck mehrmals anstürmende Feind wurde stets durch Feuer und im Nahkampf abgeschlagen.

Von der Gegend östlich von St. Julien bis zur Straße Menin—Ypern gelang den Engländern bis zu einem Kilometer tief der Einbruch in unsere Abwehrzone, in der dann tagelänger sich erbitterte, wechselvolle Kämpfe abspielten.

Durch Verlegen seiner artilleristischen Massenwirkung suchte der Feind das Vordringen und Eingreifen unserer Reserven zu hemmen. Die eiserne Willenskraft unserer Regimenter brach sich durch die Wogen des Feuers Bahn; Der Gegner wurde in frischem Anlauf an vielen Stellen zurückgeworfen.

Besonders hartnäckig wurde an den von Sonnebeke westwärts ausstrahlenden Straßen und am Abend um Gheluvelt gekämpft. Das Dorf blieb in unserem Besitz.

Weiter südlich, bis an den Kanal Comines—Ypern brachen wiederholte Stürme der Engländer ergebnislos und verlustreich zusammen.

Der Feind hat bisher seine Angriffe nicht erneuert. Mindestens 12 englische Divisionen waren in Front eingesetzt; sie haben die Festigkeit unserer Abwehr nicht erschüttert.

In den übrigen Abschnitten der flandrischen Front und im Artois steigerte sich nur vorübergehend die Feuertätigkeit.

Die Beschießung von Dünede in der Nacht vom 25. zum 26. 9. forderte außer Gebäudeschaden auch von der Bevölkerung Opfer. 14 Belgier sind getötet, 25 schwer verletzt worden.

### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Kardößlich von Soissons, in den mittleren Abschnitten des Chemin-des-Dames und auf dem Ufer der Maas blieb die Kampftätigkeit der Artillerien lebhaft. Es kam nur zu örtlichen Vorfeldgefechten.

17 feindliche Flugzeuge sind gestern abgeschossen worden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Bei Dünaburg, am Karocz-See, südwestlich von Lutz sowie in Teilen der Karpatenfront, der rumänischen Ebene und an der unteren Donau auflebendes Feuer.

### Mazedonien.

Keine Ereignisse von Bedeutung. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

### Abendbericht.

Berlin, 27. September 1917, abends. Amtlich. In Flandern nachmittags wieder zunehmender Artilleriekampf.

Von den anderen Fronten ist nichts Wesentliches gemeldet.

### Der österreichische Bericht.

Wien, den 27. September 1917. (W. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Gegend östlich von Kabaup lebte das feindliche Artilleriefeuer zeitweise auf.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe von Borasio wurden durch Flieger und Abwehrgeschwader drei feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht. Im Tonale-Gebiet gelangten Hochgebirgspatrouillen hinter die feindliche Front, sprengten dort zwei Seilbahnstationen, zerstörten mehrere Magazine und leiteten ohne Verluste mit Gefangenen zurück.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. Der Chef des Generalstabes.

Petersburg, 27. September. Gegenüber unzutreffenden Zeitungsmeldungen von dem Rücktritt des Ministers des Aeußeren erklärt die Petersburger Telegraphenagentur aus zuverlässiger Quelle, Tereßtschenko habe nach der Rückkehr Kerenskis aus dem Hauptquartier diesem mitgeteilt, daß er die Arbeitsbedingungen der Regierung als nicht normal ansehe. Er halte es aber angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage für unmöglich, seinen Posten vor der Ernennung seines Nachfolgers zu verlassen. Tereßtschenko fügte hinzu, er könne überhaupt nicht im Kabinett bleiben, wenn nicht eine freie und feste nationale Nacht geschaffen würde.

### Das Beispiel Tereßtschenkos wirkt ansteckend.

Kopenhagen, 27. September. Einer Petersburger Drahtmeldung zufolge hat der Außenminister Karjalow die vorläufige Regierung um seinen Abschied ersucht mit der Begründung, daß der Einfluß der Sozialisten in der Regierung übermächtig sei, so daß jede Möglichkeit für die Bildung eines Koalitionsministeriums ausgeschlossen sei. Der Entschluß Karjalows soll in Regierungskreisen tiefen Eindruck gemacht haben. In Moskau wurde ein all-russischer Genossenschaftskongreß eröffnet und ein Beschlusstratag angenommen, der die Notwendigkeit der Bildung eines Koalitionsministeriums betont.

Petersburg, 26. September. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Der Hauptauschuß des Arbeiter- und Soldatenrats nahm mit 119 gegen 101 Stimmen eine Entschließung an, die bei der Neubildung des Kabinetts den Grundsatz des Zusammenwirkens der Parteien, mit Ausnahme der Kadetten, zuläßt.

### Das Ergebnis der schwedischen Wahlen.

#### Niederlage der Konservativen.

Stockholm, 27. September. Das Endergebnis der Neuwahlen zur zweiten schwedischen Kammer ist nunmehr bekannt. Es wurden gewählt 70 Konservative, 62 Liberale, 98 Sozialdemokraten und 22 Linksozialisten. Im ganzen haben die Konservativen sechs zehn Sitze verloren während die Liberale und die Sozialdemokraten elf gewonnen haben.

Die Konservativen haben also nicht einmal ein Drittel der Kammeritze zu erobern vermocht.

## Verfassungsfragen im Reichstag.

Wie wenig der Reichstag um die stäbenden Fragen der Reichsverfassung herumkam, haben die gestrigen Verhandlungen im Hauptauschuß und im Verfassungsausschuß gezeigt. Im Hauptauschuß mußte aus Anlaß des Nachtragsrats, der den neuen Posten eines stellvertretenden Reichskanzlers und die Teilung des Reichsamts des Innern vorzieht, eine wichtige praktische Verfassungsfrage, die Frage der Verantwortung der Staatssekretäre eingehend erörtert werden. Zugleich wurde im Verfassungsausschuß über die Stellung der Staatssekretäre zum Reichstag eine vorläufige Entscheidung von nicht geringer Tragweite gefällt. Man beschloß die Aufhebung des Art. 9 der Reichsverfassung, der die Stellung eines Bundesratsmitgliedes mit dem Mandat eines Reichstagsabgeordneten für unvereinbar erklärt.

Seht der Reichstag diesen Beschluß durch, dann ist in das System des antiparlamentarischen Obrigkeitsstaates eine breite Breche geschlagen. Empörung mußte es geradezu erregen, daß die Abg. Spahn und Schäfer wegen ihrer „Beförderung“ in leitende Staats- und Reichsstellen ihre Reichstagsmandate niederlegen mußten. Es war gleichsam, als ob ein Abgeordneter den Erdenstaub seiner Herkunft aus dem Bolke erst von sich abstreifen müßte, bevor er in die hohen Regionen einer von oben her regierenden Bürokratie eintreten dürfte. Indem der Art. 9 die Zugehörigkeit eines Bundesratsmitgliedes zum Reichstag verbietet, verbietet er geradezu das parlamentarische Regierungssystem, und dieses Verbot aufgehoben zu haben, ist das Verdienst des gestrigen Beschlusses. Das parlamentarische System wird damit noch nicht eingeführt, aber das wichtigste aus der Verfassung entzweigende Hindernis, das ihm entgegensteht, wird aus dem Wege geräumt.

Das Bild der Parteikonstellation vom 19. Juli hat sich in der Abstimmung des Verfassungsausschusses sowie in der Debatte des Hauptauschusses verschoben. Im Hauptauschuß erklärte sich die Sozialdemokratie gegen die Vorlage, die Fortschrittspartei für sie, während sich das Zentrum seine endgültige Stellungnahme noch vorbehielt. Im Verfassungsausschuß stimmten für die Aufhebung des Art. 9, entsprechend einem zuvor gefaßten Fraktionsbeschlusse, die Nationalliberalen mit den Sozialdemokraten und den Fortschrittlichen. Vom Zentrum stimmte nur der Arbeitersekretär Becker mit dieser Mehrheit, während die anderen Zentrumsmitglieder mit den Konservativen und den — Unabhängigen in der Minderheit verblieben.

Die Nationalliberalen haben mit ihrem Fraktionsbeschlusse und der ihm entsprechenden Abstimmung gezeigt, daß sie wenigstens in Verfassungsfragen nicht weiter nach rechts zu rücken gewillt sind. Sie bekennen sich nicht zum parlamentarischen System, aber sie legen der Entscheidung zu ihm wenigstens keine Steine in den Weg, wie es das Zentrum getan hat. Verbleibt es in der Vollversammlung bei der bisherigen Mehrheitsbildung, so ergibt sich eine recht schwierige Situation, denn der moralische Druck auf den Bundesrat kann dadurch nicht verstärkt werden, daß er wechselnden Mehrheiten gegenübergestellt wird. Damit wird es den Elementen, die eine Stärkung des Reichstags nicht wollen, zu leicht gemacht, die Parteien gegeneinander auszuspielen und zuletzt doch ihren Willen durchzusetzen.

Wo es sich um Erweiterung der Parlamentsrechte selbst handelt, da sollte sich der Reichstag am meisten davor hüten, seine Kräfte in inneren Reibungen zu verzetteln. Wirklich erreicht werden kann doch nur dann etwas, wenn eine starke dauernde Mehrheit in geschlossener Front auftritt. Fehlt diese Mehrheit, so wird der Reichstag verlagen, und eine große allgemeine Enttäuschung wird die Folge sein.

Daß aber nicht alles bleiben darf, wie es ist, das haben gerade die Verhandlungen im Hauptauschuß mit schärfster Deutlichkeit gezeigt. Es kann unmöglich übersehen werden, daß ein Mann von den Erfahrungen des Grafen v. Posadowsky, der doch gewiß kein demokratischer Stürmer und Dränger ist, für die Staatssekretäre eine selbständigere Stellung und damit auch eine erhöhte Verantwortlichkeit fordert. Die Möglichkeit des bestehenden Zustandes kann nicht besser illustriert werden als durch die Tatsache, daß gerade in dieser Verhandlung der Reichssekretär Graf v. Rödern auftragsgemäß die Stellungnahme des abwesenden Reichskanzlers zu vertreten hatte. Der Reichssekretär kam dadurch in eine Situation, die er sich aus eigener freier Entscheidung kaum gewünscht haben würde.

Das Verlangen des Reichstags ist aber nur allzu berechtigt, von den Staatssekretären ihre eigene Meinung und nicht die einer ihnen vorgesetzten Stelle zu hören. Von welcher Seite immer man das Problem anficht, immer wieder kommt man zu dem Ergebnis, daß die Stellung der Staatssekretäre, wie die des Kanzlers selbst, durch eine verlässliche und

## Wo bleibt die preussische Wahlrechtsvorlage?

Im Verfassungsausschuß richtete der Abg. Bachnick an den Ministerialdirektor Lewald die Frage, ob er Auskunft darüber geben könne, wann die preussische Wahlrechtsvorlage eingebracht werde. Herr Lewald meinte, daß er momentan nichts sagen könne, aber vielleicht in einer Stunde. Das ließ den Schluß zu, daß er sich telephonisch bei der zuständigen Stelle erkundigen werde. Um so größer war das Erstaunen, als Herr Lewald am Schluß der Sitzung, auf die nochmalige Frage, erklärte, nicht in der Lage zu sein, eine Auskunft geben zu können.

Die „Germania“ meldet, daß die preussische Wahlrechtsvorlage im Staatsministerium noch beraten werde. Ihre Einbringung sei vor Ende Oktober oder gar Anfang November nicht zu erwarten.

## Ministerdemissionen in Rußland.

Der Kampf zwischen den Arbeiter- und Soldatenräten und dem russischen Bürgertum geht weiter. Nach dem Nihilismus des Kornilowischen Staatsstreiches streben die Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenräte den Uebergang der Regierungsgewalt in sozialistische Hände an. Viele radikale Forderungen hat sich gegen den Widerstand der Menschewiki und ihrer Führer durchgesetzt. Auf der anderen Seite greift das Bürgertum zu dem Mittel zurück, das es vor dem Kornilowischen Staatsstreich bereits erprobt hat: zur passiven Resistenz. Es zieht seine Angehörigen aus der Regierung zurück. Kerenski, dessen lebhaftes Bestreben die Bereinigung aller Kräfte in einem Koalitionskabinett ist, verliert so auf beiden Seiten den notwendigen Halt und kommt in die unangenehme Lage des Mannes zwischen zwei Stühlen. Jetzt droht auch sein getreuester Gehilfe, der Minister des Auswärtigen, mit dem Rücktritt.

verstärkte Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstag nicht erniedrigt, sondern erhöht wird. Einen Schritt auf diesem Wege, der durch die Logik unserer verfassungsmäßigen Entwicklung selbst vorgezeichnet ist, bedeutet die Aufhebung des Art. 9 der Reichsverfassung.

Um so stärkeres Erstaunen muß es erregen, daß der Vertreter der Unabhängigen im Verfassungsausschuß für die Aufrechterhaltung des reaktionären Art. 9 wie ein Löwe gekämpft und in Gemeinschaft mit den Konservativen auch für sie gestimmt hat. Im Hauptauschuß hat sich der Abg. Ledebour für das parlamentarische System ausgesprochen, im Verfassungsausschuß hat der Abg. Stadthagen für die Beibehaltung gerade jenes Verfassungsartikels gestimmt, welcher der Einführung des parlamentarischen Systems einen Riegel vorschreibt. Wie reimt sich das zusammen? Nach dem vorliegenden Bericht soll der Abg. Stadthagen erklärt haben, daß seine Stellungnahme auch die seiner Fraktion sei. Ist das richtig, so sollte die Fraktion der Unabhängigen noch einmal ernstlich darüber nachdenken, ob es bei dieser Stellungnahme verbleiben kann. Es geht doch nicht an, immer aus Prinzip das Gegenteil von dem zu tun, was die Sozialdemokraten für richtig halten, und infolgedessen immer dasselbe zu tun wie die Konservativen. Der Abg. Stadthagen hat ganz recht, daß in Ausnahmefällen auch die äußerste Linke mit der äußersten Rechten gemeinsam gegen die Mitte stimmen kann, aber das darf doch nur aus wohlwollenden sachlichen Gründen geschehen und nicht zu dem Zweck, einer Nachbarfraktion einen Posten zu spielen. Auch darf, was in besonderen Fällen mißlicher Zwang ist, nicht allgemeine beliebige Regel werden, und eine Partei der Linken darf sich nicht mit dem Odium beladen, überrollt, wo es um den Frieden und um die freibleibende Entwicklung des Reiches ging, mit den Konservativen an einem Strang gezogen zu haben.

## Asquith über den Frieden.

Der Führer des englischen Liberalismus und frühere Ministerpräsident Asquith hat in Leeds eine Rede gehalten, die eine Antwort auf die deutsche Note an den Papst darstellt und den offensichtlichen Zweck verfolgt, die deutsche Regierung zu einem noch klareren Aussprechen ihrer Friedensbedingungen zu bestimmen. Zu diesem Zweck wurde die ganze Rusierkarte der Ententeforderungen noch einmal vorgelegt. Herr Asquith weiß jedenfalls, daß eine glatte Annahme aller dieser Forderungen nicht früher zu erwarten ist, als bis Deutschland rettungslos am Boden liegt. Er wird nicht ernstlich erwarten, daß Deutschland, ohne durch Waffengewalt dazu gezwungen zu sein, Land abtreten und Kriegsentschädigungen bezahlen wird. Er wird nicht darauf rechnen, daß Deutschland ohne Not einer Umgestaltung der politischen Geographie zustimmen wird, die es lebensunfähig macht und die österreichisch-ungarische Monarchie zersplittert und auflöst. Er würde sich daher gewiß nicht wundern, wenn die deutsche Regierung jene Forderungen näher bezeichnen würde, die nicht am Konferenztisch erhandelt werden können, sondern nur auf dem Schlachtfeld erstritten werden können. Den Völkern der Entente bliebe dann die Entscheidung überlassen, ob sie für diese Forderungen — wie die Rückgabe Elzass-Lothringens an Frankreich oder ihnen noch entferntere Ziele — weiter bluten wollen.

In diesen Fragen muß klare Bahn geschaffen werden, in den andern, die nicht zu den inbegriffenen gehören, aber auch. Gerade die zögernde Haltung der deutschen Regierung ermutigt die Gegner zu der Auffassung, daß sie durch fortgesetzten materiellen und moralischen Druck immer weitere Zugeständnisse erzielen könnten. Demgegenüber erwidert der deutsche Regierung die Pflicht, Grad und Grenzen ihrer Bereitwilligkeit so klar wie möglich zum Ausdruck zu bringen. Geschichte hat in einer Weise, die den Auffassungen des Volkes entspricht, im Einklang mit dem Reichstagsbeschluss vom 19. Juli, so entschlüsselt sich die Regierung jeder Verantwortung für die Fortdauer des Krieges. Darum soll sie keine Händler- und Heimlichkeitspolitik treiben, sondern eine Politik der Offenheit und der festen Preise. Sie soll zeigen, daß es ihr mit dem Verzicht auf Eroberungen ebenso ernst ist wie mit ihrer Erklärung zugunsten eines gesicherten Friedens ohne Betrübnisse, die Asquith, in Anerkennung der starken Volkskräfte, die hinter ihr stehen, zu niedrig einschätzt.

### Asquith sagte:

Diese Versammlung ist ein Schritt in einer Bewegung, die durch einen aus allen großen Parteien im Staate gebildeten Ausschuss betrieben wird, um dem Volke jetzt nach Beginn des vierten Kriegsjahres

ein klares und volles Verständnis für die Kriegsziele der Alliierten beizubringen. Es würde eine Verleumdung der Nation sein, anzudeuten, daß ihr Mut einer Erhöhung oder Unterminierung durch eine neue Rechtfertigung der Gerechtigkeit der Sache bedürfe, für welche sie sich seit mehr als drei Jahren bereit gezeigt hat. Monat für Monat den Hohn ihres besten Blutes und ihrer teuersten persönlichen Hoffnungen zu zahlen. Ich gehe von der Behauptung aus, die widerständiglingen mag: Wir kämpfen für den Frieden, für den Frieden der Welt, der jedes Opfer wert ist, ausgenommen das Opfer alles dessen, was den Frieden wertvoll macht und seine Dauer sichert, indem es ihn auf den festen Felsgrund des von allen Völkern anerkannten und verbürgten Rechtes stellt. Der Friede in diesem Sinne ist nicht dort zu finden, wo man ihn früher so oft gesucht hat, in der Einstellung der täglichen Feindseligkeiten mit darauffolgendem Feilschen um Gebietsstücke, das schließlich in Papieren, Verhandlungsberichten und Verträgen niedergelegt und dort der Gnade einer ganzen Sammlung von Zufällen anheimgegeben wird; das ist, wie jemand treffend gesagt hat, die Bibel der Toren. Noch weniger können Sie einen der Welt würdigen Frieden von einem dem Besten durch den Sieger auferlegten Vertrage erwarten, der die Grundzüge des Rechtes unbeachtet ließe und den geschichtlichen Ueberlieferungen, Ansprüchen und Freiheiten der betroffenen Völker Hohn spräche. Solche sogenannten Verträge tragen die Bürgschaft ihres eigenen Todes in sich und bereiten ganz einfach einen

### fruchtbareren Nährboden künftiger Kriege.

Wir haben ein treffendes Beispiel für die Torheit und Nichtigkeit derartiger Abschlüsse an dem Vertrage von 1871, in welchem das kaiserliche Deutschland darauf bestand, sich die beiden Provinzen Elzass und Lothringen gegen den Willen ihrer Einwohner anzueignen. Wir tun gut, heute dessen zu gedenken, daß die beiden größten Männer Deutschlands, Bismarck und Klotze, die Folgen davon, jeder von seinem besonderen Standpunkt, vorausgesehen zu haben scheinen. Bismarck war geneigt, Frankreich im Besitz von Metz zu lassen, denn er bemerkte bedeutsam zu Buch, er wünsche nicht, zuviel Franzosen im Hause zu haben, und Klotze sagte weniger als vier Jahre nach dem Friedensschluß im Reichstage, Deutschland müsse 50 Jahre stark gerüstet bleiben, um die Provinzen zu verteidigen, die es in nur sechs Monaten erobert hätte. Ist jemals eine Prophezeiung durch den weiteren Verlauf besser bestätigt worden?

Haben wir nun Grund anzunehmen, daß Deutschland daraus gelernt hat? Wir haben in den letzten Tagen die

### Antwort des neuen Reichskanzlers

auf die Note des Papstes gelesen; sie strotzt von unklaren und öglichen Allgemeinheiten. Die deutsche Regierung sagt uns, daß sie „mit besonderer Sympathie“ des „Papstes Ueberzeugung“ begrüße, daß künftig die materielle Macht der Waffen durch die moralische Macht des Rechtes aufgehoben werden müsse. Sie erklärt, sich über den Erfolg des Krieges durch Schiedsgerichte zu freuen, und will jeden darauf bezüglichen Vorschlag unterstützen, welcher (bemerken Sie wohl diesen kennzeichnenden Vorbehalt) mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist.

Aber ich frage, ist in des Kanzlers Depesche oder in irgendeiner anderen maßgebenden Erklärung der deutschen Regierung aus der letzten Zeit irgendein Hinweis enthalten, daß sie bereit ist, nicht nur nicht das Verbrechen von 1871 zu wiederholen, sondern auch praktische Schritte zu unternehmen, die allein den Weg zu einem wirklichen dauernden Frieden eröffnen können. Ist Deutschland bereit, zurückzugeben, was es damals Frankreich genommen hat? Ist es bereit, Belgien seine volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zurückzugeben, ohne Bedingungen und Vorbehalte, und mit einer so vollständigen Entschädigung, wie eine nur materielle Entschädigung für die Verwüstung eines Landes und die Leiden seines Volkes entschädigen kann? Eine endgültige Antwort, die in einer Reihe von Erwidierungen auf Fragen, wie diese, gegeben werden könnte, würde gegenwärtig eine ganze Spalte von frommen Plattheiten aufwiegen.

Asquith sagte dann

### die Bedingungen des Friedens,

wie er ihn im Auge habe, dahin zusammen, daß England nicht die Vernichtung Deutschlands oder die dauernde Erniedrigung des deutschen Volkes beabsichtige. Die grausame, brutale Art, wie der Krieg von Deutschland geführt worden sei, habe allerdings die Achtung der Welt vor dem deutschen Charakter tief beeinflusst und werde das noch lange tun. Es sei im großen ganzen richtig, daß jedes Land die Regierung habe, die es verdiene. Wie die Geschichte zeige, und wie das Beispiel Rußlands beweise, sei die Vereitigung einer schlechten Regierung ein kostspieliges und langwieriges Geschäft.

### Der preussische Militarismus,

das ist der Gegenstand unseres Kampfes gewesen und ist es noch. Aber für die deutsche Demokratie haben wir keinen anderen Wunsch, als daß sie diesen bösen Geist banne.

Das Ziel unseres Friedens ist

### nicht die Wiederherstellung des Status quo,

nach des sogenannten Gleichgewichts der Mächte, sondern die Ersetzung beider durch ein

### internationales System,

in dem für die großen und für die kleinen Staaten Platz ist und unter dem beide gleichmäßig ihre Sicherheit und ihrer unabhängigen Entwicklung sicher sind. Als selbstverständlich sehe ich

die Räumung der besetzten Gebiete Frankreichs und Rußlands durch den Feind voraus. Ich habe bereits auf Elzass-Lothringen und Belgien hingewiesen, aber wohin man sich wendet, in Mittel- und Osteuropa, sieht man Gebietsabgrenzungen, die in ihrem Ursprung durchaus künstlich waren und die Wünsche und Interessen der direkt betroffenen Bevölkerung verletzen und die Herde der Unruhe und der Kriegsgefahr gewesen sind und bleiben werden, solange sie bestehen. So die gerechten und längst fälligen Ansprüche Italiens und Rumaniens. Ferner das heidenhafte Serbien, das nicht nur in sein altes Gebiet wieder eingereiht werden muß, sondern dem der Raum gegeben werden muß, den es für die Ausdehnung seines nationalen Lebens beanspruchen darf. Da ist Polen, für das wir alle die edelmütigen Worte des Präsidenten Wilson unterschreiben. Nicht zu vergessen sind die Fälle von Griechenland und den Südslawen. Eine vollständige und womöglich dauernde Begleichung dieser gefährlichen Rechnungen muß stattfinden.

Das Ziel darf nicht länger dasjenige sein, von dem der Wiener Kongreß und später die sogenannte Heilige Allianz ausging. Der leitende Grundsatz ist der, daß nach Klassenverwandtschaft, geschichtlicher Ueberlieferung und vor allen Dingen nach den wirklichen Wünschen und Bestrebungen der Bewohner verfahren werden muß. Auf keine andere Weise ist der verderbliche Anreiz für ehrgeizige Zwecke und Neidenschaften und der gefehlmäßige Beweggrund völkischer Unzufriedenheit aus dem Wege zu räumen.

Ich komme nun zu den

### Nichtlinien für einen dauernden Frieden.

Ein Friede, der das Wiederauflleben eines verheererten Kriegszustandes möglich macht, lohnt sich nicht. Wir müssen ein für allemal den Irrtum aus unseren Grundbänken verbannen, daß man, wenn man den Frieden wünscht, sich auf den Krieg vorbereiten mußte. Die Nachwelt mag das Goldene Zeitalter erleben, aber ich fürchte, daß wir und selbst die jüngsten unter uns, von dieser Erscheinung der Glückseligkeit nur noch aus der Ferne und in unserer Einbildung einen Blick erschauen werden. Ich behaupte, daß wir nicht nur Krieg für den Frieden führen, sondern auch Krieg gegen den Krieg als solchen. Zum erstenmal in der Geschichte der Welt können wir vielleicht das Ideal zur Verwirklichung bringen, das seit unsere Väter jenseits des Atlantischen Ozeans uns die Hände gereicht haben, nicht mehr eine europäische, sondern eine weltumfassende Politik darstellt: Die Vereinigung der Völker in einem Bund, dessen Grundlage die Gerechtigkeit und dessen Geist die Freiheit ist. Beschränkung der Rüstungen, Annahme des Schiedsgerichtswesens als natürliche Lösung internationaler Streitigkeiten und Verweigerung von Angriffskriegen und Kriegen aus Ehrgeiz in die Reihe von Torheiten, die sich überlebt haben, werden die Meilensteine auf diesem Wege sein. Man wird zu Anfang und vielleicht auch für lange Zeit noch nicht in der Lage sein, auf

### militärischen oder wirtschaftlichen Zwang gegen die kareblischen und Widerstandigen

zu verzichten. Aber wir dürfen hoffen, daß das tatsächliche Geschehen mit seinen Zwangsmitteln nach und nach in den Hintergrund geschoben und die souveräne Macht als im gesunden Verstand der Menschheit ruhend, anerkannt werden wird. Diese Veränderungen werden nicht in einem Tage eintreten, aber mit ihnen wird eine liegende Verschiebung nicht nur in den äußeren Beziehungen der Staaten, sondern auch in ihrem inneren Aufbau und in dem Wesen und Wirken der Gesellschaftskörper kommen, aus denen sie sich zusammensetzen.

Man kann unmöglich glauben, daß diese allgemeine Umwälzung keine Spuren auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet hinterlassen sollte. Denn worin unterscheidet sich dieser Krieg, soweit wir und unsere Alliierten in Betracht kommen, von den meisten Kriegen der Weltgeschichte? Es ist kein dynastischer und auch kein kapitalistischer Krieg gewesen. Es war ein Krieg, dem die freien Völker der Welt ihre Unterstützung geliehen haben, für den sie ihr eigenes und ihrer Kinder Leben gaben. Wenn der Sturm vorbei ist und der Himmel wieder klar, werden wir dann nicht die Dinge in einem neuen und wahreren Lichte sehen müssen? Inzwischen müssen wir unser Pulver trocken halten.

## Asquiths Rede im Licht der englischen Presse.

Amsterdam, 27. September. Die englische Presse sieht in der Rede Asquiths eine Erklärung der britischen Nation. „Daily News“ stellen den Alliierten anheim, ihre Mindestbedingungen bekanntzugeben, unter denen sie bereit sind, in Verhandlungen mit Deutschland einzutreten. Als solche nennen sie die Räumung und formelle Befähigung der Unabhängigkeit Belgiens,

Serbien und Rumaniens und vielleicht auch die Desannexion Elzass-Lothringens. Die „Westminster Gazette“ schreibt: In seiner denkwürdigen Rede hat Asquith sehr richtig die belgische Frage zu einem Probierstein für den guten Willen der deutschen Regierung gemacht, und so lange wir nicht bestimmt wissen, daß der Weg in dieser Sache gehörig festgelegt worden ist, können wir unsere Ansicht in bezug auf den Frieden nicht näher entwickeln.

## Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 26. September. Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz wiederum

### 26 000 Br.-Reg.-Tonnen

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „Rolleby“ (3955 To.) sowie zwei unbewaffnete bewaffnete englische Dampfer, einer davon etwa 10 000 To. groß, vom Aussehen des „Winifredian“.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Die Opfer des Luftangriffs auf England. Nach einer Reuter-Meldung wurden bei dem Luftangriff Dienstag nacht sieben Personen getötet und 25 verletzt. Weiter wird gemeldet: Geschützfener zwang die erste Gruppe der angreifenden Flugzeuge, die sich Dienstag abend London näherten, zur Rückkehr. Nur zwei Flugzeuge drangen durch die Abwehrlinie. Diese waren am Südostrand von London eine Anzahl Bomben ab, die einige Wohnhäuser beschädigten. Eine zweite Gruppe angreifender Flugzeuge wurde, ohne London zu erreichen, vertrieben.

Ein Schutzvölker englischer Unterstaatssekretär. Das Mitglied des Unterhauses Hewins, ein Verteidiger der Tarifreform und der Vorzugstarife für die Kolonien, ist zum Untersekretär für die Kolonien ernannt worden.

Ausstände in Australien. Die Angestellten der Eisenbahnwerkstätten in Sydney traten am 2. August in den Ausstand, um gegen die Einführung eines Kartensystems mit Beschränkungen über die Arbeiter und ihre Arbeit Einpruch zu erheben. Die Eisenbahner- und Straßenbahnerverbände traten darauf in den Kampf ein und legten dadurch den Verkehr von Neusüdwales fast gänzlich lahm. Die Regierung bekämpfte den Streik mit Hilfe von Arbeitswilligen, worauf zahlreiche Gewerkschaften in ganz Australien gleichfalls am Ausstand teilnahmen. Der Ausstand mißglückte schließlich. Die Regierung versprach, daß die Feststellungen durch das Kartensystem in drei Monaten aufgehoben werden.

Unruhen in China. Die Garnison des strategisch wichtigen Passes von Linling (?) im südlichen Hunan hat sich von der Zentralregierung unabhängig erklärt. Die Revolte ist von den Führern des Südens ins Werk gesetzt. Der Anschlag gibt ihnen die Macht über die Provinz Hunan, zu deren Gouverneur kürzlich ein General aus dem Norden ernannt worden ist. Die Truppen aus Kwangsi marschieren nach Hunan, um den Rebellen beizufolgen.

## Hauptauschuß des Reichstags.

### Die Veränderungen in den Reichsämtern.

Der Hauptauschuß begann seine Verhandlungen am Mittwoch mit der Beratung der Nachträge zu dem Reichshaushaltsplan. Als erster Redner ging

### Graf v. Posadowski

auf seine Erfahrungen in den Reichsämtern ein. Er erklärte die vorgeschlagene Teilung des Reichsamts des Innern für verfehlt. Das Reichsamt des Innern könne zweckmäßiger dadurch entlastet werden, daß einzelne Teile dieser Aufgaben andern Ämtern überwiesen werden. Insbesondere wäre zu erwägen, ob nicht das Reichseisenbahnamt ausgebaut werden sollte zu einem Reichsamt für öffentliche Bauten. Diesem Amt könnten alle technischen Aufgaben überwiesen werden.

Die Frage, ob ein besonderer allgemeiner Vertreter für den Reichskanzler bestellt werde, sei von großer politischer Bedeutung. Der jetzige Zustand sei unerträglich. Es sei ein Ding der Unmöglichkeit, die sachliche von der formellen Verantwortlichkeit zu trennen. Derjenige, der die ganze Arbeit angetrieben und in allen ihren Einzelheiten geleitet habe — das ist der Staatssekretär —, der müsse auch die formelle Verantwortung tragen. Jetzt aber werde oft genug der Staatssekretär verantwortlich gemacht auch dann, wenn er nach Anweisung des Reichskanzlers auftreten müsse. Der jetzt zu ernennende besondere Stellvertreter des Reichskanzlers soll für die Einzelheiten der Reichsleitung sorgen. Der Herr sei nicht an den Vorarbeiten der zur Verhandlung stehenden Fragen beteiligt, er könne daher auch nicht die Schwierigkeiten, die hier im Wege stehen, und trotzdem werde er tatsächlich der Borgehelfer der einzelnen Staatssekretäre sein und auf Grund seiner ungenügenden Kenntnis mit einem Nachwort eingreifen und dadurch schmerzliche Nachteile hervorrufen. Bisher war der Staatssekretär des Innern zugleich Stellvertreter des Reichskanzlers, aber doch nur in den Fragen der inneren Politik. Die auswärtige Politik war hier von ausgenommen und das mit gutem Grund; denn diesen Angelegenheiten steht der Staatssekretär des Innern fern. Wie soll das jetzt werden? Soll der neu zu ernennende allgemeine Vertreter des Reichskanzlers auch in die auswärtigen Angelegenheiten eingreifen? Sehr bedauerlich sei es, daß diese wichtigen Fragen gerogelt worden seien, ohne den Reichstag vorher zu hören. Die englische Regierung liege nicht in der Reichsleitung, sondern in den im Bundesrat vertretenen Einzelregierungen. Dieser Zustand dürfe nicht geändert werden. Aber nach seiner Ueberzeugung könne die Aenderung, die er im Auge habe, durchgeführt werden, ohne daß an den jetzigen Regierungsverhältnissen sich etwas ändere.

### Staatssekretär des Reichsfinanzamts Graf v. Roehren

wandte sich gegen die Anregung des Vorredners, daß ein selbständiges Staatssekretariat für öffentliche Arbeiten geschaffen werden solle; wenn nicht die umfangreichen Bauten des Heeres und der Marine auf dieses Amt übertragen würden, bleibe der Aufgabenkreis des neuen Amtes zu gering. Daß aber das Bauwesen getrennt werden könne von der Heeres- und Marineverwaltung, sei nicht anzunehmen. Der allgemeine Stellvertreter werde nicht die Befugnis haben, Entscheidungen zu treffen. Er werde keine Zwischeninstanz zwischen dem Reichskanzler und den andern Reichsämtern sein, vielmehr würde ihm die Vorbereitung wichtiger Beschlüsse anheimgestellt, bei denen der Reichskanzler nicht immer anwesend sein könne. Auch müßten jetzt im Krieg die Entscheidungen schneller getroffen werden als im Frieden. Wegen die vom Vorredner verlangte Verantwortlichkeit der Staatssekretäre liege das Bedenken vor, daß es im jetzigen Augenblick unpraktisch sei, an die Lösung dieser wichtigen Frage heranzugehen. Widesprochen müsse er endlich der Meinung des Vorredners, daß die Reichsleitung mit der vorgeschlagenen Teilung des Reichsamts des Innern dem Reichstag vorgegriffen habe. Nach den erreichten Zulassungen habe vielmehr eine Besprechung mit Vertretern aller Fraktionen stattgefunden. Dabei sei kein Widerspruch gegen die Teilung des Reichsamts des Innern und die Auflösung des allgemeinen Stellvertreters von einem Ressort zu erkennen gewesen. Außerdem seien die beiden neuen Ämtern in etatsmäßige Stellen berufen worden.

Unterstaatssekretär Ballraf versicherte, daß die Teilung des Reichsamts des Innern in dem Augenblick unvermeidlich geworden sei, als auch die großen politischen Fragen so zugunommen haben, daß der leitende Herr unmöglich einen Ueberblick darüber habe und die Lösung der Angelegenheit nach seinen eigenen Anregungen

durchführen könnte. Entscheidend für die Vorschläge der Reichsleitung sei die Überzeugung, daß Sozial- und Wirtschaftspolitik vereinigt bleiben müssen. Ebenso könne die Seeschifffahrt nicht vom Reichsamt des Innern getrennt und einem neu zu bildenden Reichsamt für öffentliche Arbeiten überwiesen werden, vielmehr gehöre die Seeschifffahrt aufs innigste zur gesamten Wirtschaftspolitik.

Abg. Lebebour (Unabh.) stimmte in vielen Punkten den Ausführungen bei, die Graf Pofadowsky gegen den Vorschlag der Reichsleitung gemacht hat. Diese dankenswerten Ausführungen seien der beste Beweis dafür, wie notwendig das parlamentarische Regierungssystem sei, denn in diesem bleiben die aus ihrem Amt geschiedenen Minister Mitglieder des Parlaments und könnten auf Grund ihrer Erfahrungen in vielen Fragen sehr wichtige Anregungen geben; bei dem jetzigen bürokratischen System dagegen verschwinden die entlassenen Minister von der politischen Bildfläche. Redner beantragt, die Verhandlungen jetzt so lange zu vertagen, bis der Reichskanzler, Dr. Helfferich und der Staatssekretär des Auswärtigen in der Kommission erscheinen. — Der Antrag wurde gegen vier Stimmen abgelehnt.

Abg. Dr. Stresemann (natl.): Er hätte auch gewünscht, daß der Reichskanzler hier in der Kommission seine Ansichten über die Neugestaltung der Reichsämter vorgebracht hätte. Die Vorlage selbst begrüßt er, wenn er es auch für zweckmäßiger gehalten hätte, daß das Reichsamt des Innern in drei Teile geteilt würde, daß also auch für die sozialpolitischen Fragen ein besonderes Amt, das Reichsarbeitsamt, geschaffen werde. In bezug auf die Ernennung eines besonderen Stellvertreters des Reichskanzlers schließt er sich im wesentlichen den Bedenken Pofadowskys an. Wenn seine Partei trotzdem dem Vorschlag zustimmen werde, so würde dies nur geschehen in der Annahme, daß dieses Amt nur vorübergehend ist, um den Staatssekretär Dr. Helfferich bei den wichtigen Friedensverhandlungen verwenden zu können.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Stresemann antwortete der Staatssekretär des Reichsarchivs, es sei beabsichtigt, das Amt des Kommissars für Übergangswirtschaft mit dem der Reichswirtschaft zu verbinden.

Abg. Dr. David (Soz.):

Auch meine Freunde fordern, daß der Reichskanzler bei dieser Verhandlung zugegen sei. Sie hätten aber nicht dafür stimmen können, daß die Verhandlungen jetzt abgebrochen würden, weil sie der Meinung sind, daß der einzig zulässige Schluß dieser Verhandlungen die Ablehnung der Vorlage sei, und dies könne geschehen, auch ohne daß der Reichskanzler anwesend ist. Es sei nicht richtig, daß über die Schaffung einer Stelle für den allgemeinen Stellvertreter des Reichskanzlers eine Verhandlung mit den Parteiführern stattgefunden habe, vielmehr sei dieser Plan bereits als ein fertiges Werk den Parteien vorgelegt worden. Die Neuerung greife zu tief in unser Verfassungsleben ein. Aber das Verfahren werde nicht vereinfacht, sondern noch verwickelter und die Arbeiten der Reichsleitung werden dadurch nicht erleichtert, sondern erschwert. Wenn man auch den Stellvertreter des Reichskanzlers nicht als Vorgesetzten der Staatssekretäre ausdrücklich bezeichnet, so werde er sich doch tatsächlich als Vorgesetzter betätigen. Er würde in die Angelegenheiten der einzelnen Reichsämter hineinreden, und das sei das Allergerährlichste, was wir brauchen, seien und darin stimme er dem Grafen Pofadowsky durchaus zu, veranwortliche Staatssekretäre. Schon jetzt seien die Staatssekretäre durchaus nicht die maßgebenden Herren, sondern ihnen werden Schwierigkeiten von allen Seiten bereitet. Hierzu kommt jetzt noch der neue Stellvertreter des Reichskanzlers. Der Trost, daß es sich ja nur um eine vorübergehende Einrichtung handle, sei nicht entscheidend. Ist einmal eine solche Einrichtung geschaffen, sei es sehr schwer, sie wieder zu beseitigen. Der eigentliche Grund der jetzt gemachten Vorschläge sei die Rücksicht auf

die Person Helfferichs.

Helfferich soll durchaus, wie Abg. Stresemann ja auch zugestanden hat, bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mitwirken. Ob er der geeignete Mann sei, sei noch durchaus zu bezweifeln. Wenigstens das Eine sei erwiesen, daß er die Verhandlungen durch sein Auftreten nicht erleichtern. Die Anregung Pofadowskys, ein Reichsamt für öffentliche Arbeiten zu errichten, sei durchaus beachtenswert. Für die weiteren Pläne müßte dieser Vorschlag ernsthaft herangezogen werden. Im Augenblick genüge es aber, wenn man das Reichsamt des Innern in der Weise teile, wie es die Vorlage vorschlägt, aber den Vorschlag dadurch erweitert, daß man von den wirtschaftspolitischen die sozialpolitischen Fragen abtrennt. Dann bekommt man drei Teile, ein Reichswirtschaftsamt, ein Reichsarbeitsamt und die übrigen Aufgaben würden dann dem Reichsamt des Innern verbleiben. Die vermittelnde Spitze der Reichsämter würde dann durch den Reichskanzler gebildet werden. Die sozialpolitischen Arbeiten sind so wichtig und schon so umfangreich gewesen; sie werden es auch noch viel mehr in der Übergangswirtschaft werden, daß zur Leitung dieses Amtes eine volle Arbeitskraft nötig ist. Kein Mensch wäre fähig, sowohl das große Gebiet der Wirtschaftsfragen als auch das der sozialpolitischen Fragen zu übersehen. Kommen zwischen den Reichsämtern Streitfragen vor, dann sollen die Staatssekretäre selbst mit dem Reichskanzler darüber verhandeln. Hier würde der Stellvertreter nur störend und erschwerend wirken. Ebenso würde für die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Reichstage der Stellvertreter durchaus nicht die geeignete Person sein. Die Mittelmänner, die hier gebraucht werden, seien die parlamentarischen Minister, diejenigen Männer, die aus den einzelnen Parteien als Mitglieder ihrer Partei in die Reichsleitung selbst eintreten. Die Verantwortlichkeitsfrage sei ja im Verfassungsausschuß des Reichstags behandelt worden und nach den Vorschlägen, die hier gegeben wurden, müßten diese Fragen gelöst werden. Im Bundesrat würde durch den Stellvertreter des Reichskanzlers der Einfluß Preußens noch mehr gestärkt, der der anderen Regierungen noch mehr geschwächt werden. Redner empfiehlt folgenden Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion gestellt hatte, zur Annahme:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, eine Dreiteilung des Reichsamt des Innern in der Weise in die Wege zu leiten, daß die sozialpolitischen Fragen ihre Zusammenfassung in einem Reichsarbeitsamt finden.

Abg. Graf Westarp (L.): Ob mit der Schaffung des neuen Stellvertreters des Reichskanzlers etwas Gutes erreicht wird, kann man bezweifeln. Auch seine Partei ist der Meinung, daß es sich nur um einen Verlust für die allernächste Zeit handelt. Zu erwägen sei, ob nicht in das Gesetz ausdrücklich hineingeschrieben werden muß, wann diese neue Einrichtung wieder verschwinde. Seine Partei sei gegen verantwortliche Staatssekretäre sowie gegen ein kollektives Reichsministerium. Ferner wünsche seine Partei, daß nicht zu viele Staatssekretäre in das preukische Ministerium kommen. Endlich halte es seine Partei nicht für zweckmäßig, in einem Reichsamt zwei Unterstaatssekretäre zu haben.

Staatssekretär des Reichsarchivs, Graf v. Reubert: Amtlich sei bei uns von Sprechministern nie die Rede gewesen. Die Vorstände der Reichsämter haben durchaus nicht die Absicht, irgendwelche Funktionen abzutreten, die ihnen durch die kaiserliche Verordnung auferlegt worden sind.

Abg. Graf Pofadowsky: Er bedauere es sehr, daß diese wichtigen politischen Fragen heute von der Reichsleitung nicht erörtert worden seien vom politischen, sondern nur vom staatsrechtlichen Standpunkt aus. In der Tat hätte der Reichskanzler heute anwesend sein müssen. Fürst Bismarck sei auch dann im Reichstag erschienen, wenn es sich um viel weniger wichtige Fragen gehandelt habe, sobald sich diese auf das politische Gebiet erstreckten. Er sei damit einverstanden, daß Wirtschafts- und Sozialpolitik in einer Hand vereinigt würden. Ein und dasselbe Amt müßte diejenigen Fragen umfassen, die durch die sozialpolitischen Ämter gefördert und die durch sie beschwert werden. In der jetzigen Zeit, in der in Preußen — allerdings unter dem Druck der Verhältnisse — weitgehende Verfassungsänderungen beabsichtigt seien, müsse auch die notwendige Zeit und Kraft gefunden werden, um im Reich

die von ihm angeregten Verbesserungen durchzuführen. Wenn der Stellvertreter des Reichskanzlers ganz besonders für die Übergangswirtschaft bestimmt sei, weshalb habe man ihn dann nicht zum selbständigen Minister für die Übergangswirtschaft gemacht? Graf v. Reubert erklärt diesen Vorschlag nicht für glücklich. Es sei vielmehr unbedingt nötig, daß die Übergangswirtschaft an das Reichswirtschaftsamt verwiesen werde.

Abg. Erbsberger (Z.): Ihm scheint es, als ob die jetzt behandelten Fragen noch nicht spruchreif seien. Seine Fraktion habe zu der Vorlage noch nicht Stellung genommen. Redner schloß sich den Ausführungen an, nach denen die Zustände, wie sie sich auf Grund der jetzigen Vorlage gestalten würden, unhaltbar erscheinen. Die Vorlage sei nur ersichtlich aus Rücksicht auf die Person des jetzigen Reichskanzlers und des Dr. Helfferich. Der Reichstag sei mit der Vorlage vor eine vollendete Tatsache gestellt. Seine Partei wenigstens habe vorher nichts von diesen Plänen gewußt.

Abg. v. Bayer (Sp.): Der Reichstag habe die Teilung des Reichsamt des Innern schon lange verlangt. Er halte es für richtig, daß das Amt so, wie es die Vorlage wolle, in zwei, und nicht nach dem Vorschlag der Sozialdemokraten in drei Teile geteilt würde. Auch seine Partei müsse verlangen, daß die Stelle des allgemeinen Stellvertreters des Reichskanzlers nur vorläufig beibehalten werde, und zwar nur, damit Dr. Helfferich bei den Friedensverhandlungen mitwirken könne. Er halte gerade den Dr. Helfferich für sehr geeignet, diese Verhandlungen zu fördern. Seine Partei werde für die Vorlage stimmen. — Abg. Lebebour trat für den sozialdemokratischen Antrag ein.

Damit war die erste Lesung beendet. Von einer Abstimmung wurde Abstand genommen. Die zweite Lesung soll später stattfinden, damit inzwischen die Parteien noch zu den Vorschlägen Stellung nehmen können. Am Montag soll mit der Besprechung der auswärtigen Politik begonnen werden, und zwar zunächst mit der Antwort auf die päpstliche Friedensnote.

## Artikel 9 der Reichsverfassung.

### Der Verfassungsausschuß

nahm am Donnerstag seine Arbeiten wieder auf, und zwar mit der Beratung des Antrages, in Artikel 9 der Verfassung den Satz zu streichen, wonach niemand gleichzeitig Mitglied des Reichstags und des Bundesrats sein kann.

Abg. Gaubmann (Sp.) begründet den Antrag. Mitglieder des Bundesrats können in den Reichstag gewählt werden, müssen aber, wenn sie die Wahl annehmen, ihr Amt niederlegen. Die Theorie geht davon aus, daß ein dem Reichstag angehörendes Mitglied des Bundesrats unter Umständen im Reichstag bekämpfen müßte, was er im Bundesrat im Auftrag seiner Regierung zu vertreten hätte. Redner weist darauf hin, daß in den Einzelstaaten die Minister in den Landtag gewählt werden können. Gerade in Preußen werden vielfach Landräte in den Landtag gewählt, obwohl sie amtlich verpflichtet sind, die Politik der Regierung zu vertreten. Was aber für Preußen zulässig ist, das kann im Reich nicht unmöglich sein. Die Staatssekretäre sind keine preukischen Beamten, nur aus Zweckmäßigkeitsgründen werden sie von Preußen in den Bundesrat entsandt. In Wirklichkeit vertreten sie im Bundesrat die Interessen des Reichs. Die jetzige Bestimmung des Artikels 9 der Verfassung schafft für die Staatssekretäre einen ganz unhaltbaren und unwürdigen Zustand.

Abg. Merin (Dsch. Fr.) erklärt, daß die Deutsche Fraktion geschlossen gegen das parlamentarische Regierungssystem stehe, wenn auch nicht verkannt werden solle, daß zwischen Regierung und Volk eine engere Fühlung hergestellt werden müsse.

Abg. Areth (kons.) teilt mit, daß auch seine Fraktion gegen den Antrag sei. Der Einfluß, den der Reichstag jetzt auf die Regierung habe, sei so weitgehend, daß man die Wirkung erst einmal abwarten müsse. Die höchsten Stellen im Reich dürfe man nicht Reichsanwälten und Journalisten vorbehalten, die zufällig in den Reichstag gekommen sind.

Abg. Stadthagen (Unabh.) ist ebenfalls gegen den Antrag. Die Einführung des parlamentarischen Systems, das der Antrag fördern wolle, führe nicht zum Ziel, denn die Bürokratie werde bleiben. Wenn die parlamentarischen Minister werden, dann würden sie zu den schlimmsten Bürokraten; das hätten Riquel und Köller bewiesen. Der Antrag müßte zu einer Vermehrung der Bürokratie führen, gleichzeitig aber eine Zurückdrängung des Einflusses des Parlamentes bedeuten; deshalb sei seine Fraktion gegen den Antrag. Der Abg. Areth habe mit seiner Charakterisierung der Mehrheit des Reichstages durchaus recht gehabt.

Abg. Gerold (Zentr.) meint, der Vertreter im Bundesrat vertrete nie seine persönliche Meinung, sondern er erfülle bei seiner Abstimmung lediglich einen Auftrag. Als Reichstagsabgeordneter aber vertrete er seine Überzeugung, so daß in seiner verschiedenartigen Stellungnahme kein Widerspruch zu liegen brauche. Eine engere Fühlung zwischen Regierung und Parlament sei auch möglich, wenn die Vertreter der Parteien bei der Vorbereitung von Gesetzen gehört werden. Das sei genügend; deshalb stimme er gegen den Antrag.

Abg. Landsberg (Soz.): Wer Gegner des parlamentarischen Systems sei, müsse den Antrag natürlich ablehnen. Deshalb sei die Stellungnahme Stadthagens einfach unverständlich. Auf diese Weise komme Stadthagen immer wieder in die Gesellschaft des Abg. Areth. Volk und Regierung müßten in ein anderes Verhältnis zueinander kommen. Die Parlamentarisierung bedeute nicht ohne weiteres die Macht der Linken, denn es ist auch denkbar, daß im Reichstag eine Mehrheit der Rechten zustandekomme.

Abg. Jund (natl.) sprach für seine Partei die Zustimmung zu dem Antrag aus und bestritt, daß der Antrag auf eine Degradierung der Beamten hinauslaufe. Die Annahme des Antrages bedeute noch nicht die Parlamentarisierung, aber es werde der Weg gebahnt zu einem besseren Verhältnis zwischen Regierung und Volksvertretung.

### Ministerialdirektor Lewald

erklärt, der Bundesrat habe zu der Frage noch nicht Stellung genommen. Er glaube, daß die Streichung der Bestimmung die wichtigste Veränderung der Verfassung seit ihrem Bestehen darstelle. Sollte diese Schranke, so könne die Entwicklung dahin führen, daß der Bundesrat künftig nur noch eine Projektion des Reichstags sei, ähnlich wie der Haushaltungsausschuß einen kleinen Reichstag darstelle. Trete dies ein, dann sei die Verfassungsbestimmung, daß die Reichsgesetzgebung durch den Bundesrat und den Reichstag ausgeübt werde, bedeutungslos, und das Reich werde allein durch eine Kammer, den Reichstag, gelenkt. Der Bundesrat, der die Zusammenfassung des Willens von 25 Staaten darstelle, könne mit der Regierung eines Einzelstaates nicht verglichen werden. Auch in der Schweiz könne ein Mitglied des Bundesrats nicht dem Stände- oder Nationalrat angehören. Entsprechende Bestimmungen bezüglich der Unvereinbarkeit der Stellung als Senator und als Abgeordneter beständen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Der Bundesratsbevollmächtigte stimme nach den Instruktionen seiner Regierung, Artikel 20 der Verfassung schreibe aber für die Mitglieder des Reichstags ausdrücklich vor, daß sie an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden seien. Wenn geäußert worden sei, die Stellung der Staatssekretäre müßte eine andere werden, sie müßten unabhängig von der Instruktion der preukischen Regierung werden, so sei dieser Wunsch im Rahmen der Verfassung unerfüllbar. Jeder Bundesratsbevollmächtigte könne nur so abstimmen, wie er von seiner Regierung instruiert sei. Man müsse sich harnachen, daß aus der föderalistischen Grundvorlage des Reichs wichtige und bedeutungsvolle Rechte der Einzelstaaten folgten. Vielleicht scheine es manchem, als habe die Abschaffung des Artikels 9 Satz 2 keine unmittelbare praktische Bedeutung. In Wahrheit handle es sich aber um die Umgestaltung des gegenwärtigen Verfassungsstandes zugunsten eines neuen. Es müsse freilich erscheinen, ob alle, die jetzt für die Veränderung seien, sich auch dieser Neugestaltung bewußt seien und sie herbeiführen wünschten.

Abg. Stadthagen (Unabh.) präzisiert noch einmal seinen Standpunkt. In einem Moment der größten Unfreiheit könne man nicht

dabon reden, dem Volke Freiheit zu geben. Daß Konervative und Sozialdemokraten aus ganz entgegengesetzten Motiven zusammengekommen seien, sehe keineswegs vereinigt da.

Abg. Areth (kons.) bestritt, daß das Volk in Preußen an nichts anderes denke als an das Wahlrecht. Eine Versammlung in München, die sich mit dem Bierpreis befaßt, war härter besucht als die Wählerrechtsversammlungen in Preußen.

Abg. Müller-Reinigen (Sp.) bedauert, daß dem zur Erörterung stehenden Antrage eine so übertriebene Tragweite beigegeben wird. Im Ernst könne doch wahrhaftig nicht davon geredet werden, daß an den Grundfesten des Reiches gerüttelt werde, wenn ein Mitglied des Bundesrats gleichzeitig dem Reichstag angehört. Was den Konserverativen ein Schreckgespenst scheint, die Parlamentarisierung, das ist ein dringendes Erfordernis für die große Mehrheit des deutschen Volkes.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten: Sozialdemokraten, Fortschrittler, Nationalliberale und vom Zentrum Abg. Becker (Arensberg) sowie die Polen. Gegen den Antrag stimmten: Konserverative, Deutsche Fraktion, Unabhängige und vom Zentrum die Abg. Gerold, v. Frankenstein, Berr und Gize.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag der nächsten Woche statt.

## Die sozialdemokratischen Interpellationen.

Die von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebrachten zwei Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

I. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß im Heere von Vorgesetzten eine eifrige Agitation zugunsten alldeutscher Politik und namentlich auch gegen Verschlechte des Reichstags betrieben wird? — Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesem Mißbrauch der Dienstgewalt durch die Vorgesetzten Einhalt zu tun?

II. Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß von Stellvertretern Generalkommandos Verordnungen erlassen worden sind, durch die:

a) die Ausübung des Vereins- und Versammlungswerts vollständig unterbunden und die Versprechung von Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie die Erörterung von Fragen des vaterländischen Hilfsdienstes unter Androhung von Gefängnisstrafen verboten worden ist;

b) das Vereins- und Versammlungsrecht einseitig zugunsten alldeutscher Propaganda gehandhabt wird?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Mißbräuchen Einhalt zu tun?

## Keine Judentzählung.

Auf ein Anfrage des antisemitischen Abg. Werner-Giezen hat der Stellvertreter des Reichskanzlers geantwortet, daß bei den Erhebungen über die Angehörigen der kriegswirtschaftlichen Organisationen von einer Aushebung auf die Konfession „aus grundsätzlichen Erwägungen“ Abstand genommen worden ist. Der Antrag, der im Herbst v. J. einzureichen drohte, und den der „Vorwärts“ damals aus grundsätzlichen Erwägungen entschieden bekämpfte, ist also eingestellt worden.

## Maschinengewehre im Innern.

### Schmidt-Gibichenfels berichtigt.

Wir erhalten folgende Zuschrift: „Unter Berufung auf § 11 des Pressgesetzes erlaube ich Sie um Aufnahme nachstehender Berichtigung des in Nr. 262 des „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Ein Schrei nach Zensur“ gebrachten Artikels.“

Erstens bin ich nicht, wie Sie schreiben, „ein agrarischer Wanderredner“, sondern ein in wirtschaftlicher und jeder anderen Hinsicht durchaus unabhängiger Privatmann, der nicht auf das Einkommen aus der ihm als Eigentum gehörenden politisch-anthropologischen Monatschrift angewiesen und darum, wie selten ein Schriftsteller, in der Lage ist, seine Meinung frei von jeder ungewollten Rücksichtnahme auf oben oder unten oder irgend welche Partei auszusprechen.“

Zweitens ist es nicht richtig, daß ich „schon im Juli gegen die Sozialdemokratie die Anwendung von Maschinengewehren empfahl“. Die betreffende Stelle im Juniheft — nicht Juliheft, wie Sie in Nr. 262 behaupten, enthält keinerlei Empfehlung der Anwendung von Maschinengewehren gegen die Sozialdemokratie, sondern nur den begründeten Hinweis auf die Tatsache, daß Revolutionen bei uns völlig aussichtslos sind, solange unser Kriegsheer nicht vom äußeren Feinde geschlagen und vom inneren moralisch zermürbt ist. Das Heft muß in Ihren Händen sein, Sie können es also selbst kontrollieren.“

Sozialdemokrat  
Dr. Schmidt-Gibichenfels.

Wir haben Dr. Schmidt-Gibichenfels als agrarischen Wanderredner bezeichnet, weil er unseres Erinnerns früher oft in agrarischen Versammlungen gesprochen hat. Seine Vermögensverhältnisse interessieren uns nicht. Sein berichtigter Maschinengewehr-Artikel ließ geradezu den Wunsch durchblicken, daß es zur Anwendung von Maschinengewehren im Innern kommen möge. Er war das tollste, was während des Krieges an reaktionärer Heße geleistet worden ist.

Bundesratsverordnungen. In der Bundesratsitzung am Donnerstag gelangten zur Annahme der Entwurf einer Verordnung über die Vornahme einer Schweinezählung am 15. Oktober 1917, der Entwurf einer Verordnung über die den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe für die Ernährung der Selbstverforgung und für die Saat zu belassenden Früchte, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Zollfreiheit für Weim, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Ausnahmen von den Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911, der Entwurf einer Verordnung betreffend Inkrafttreten der Paragraphen 3, 4 des Hausarbeitsgesetzes vom 20. Dezember 1911 und der Entwurf einer Verordnung zur Abänderung der Verordnung über Weintrester und Traubenkerne vom 30. August 1916.

## Letzte Nachrichten.

### Argentinien bleibt neutral?

Amsterdam, 27. September. Die „Times“ berichtet aus Buenos Aires: Der argentinische Präsident wird die Neutralität bewahren, solange er nicht durch Entzifferung der Telegramme, die über die schwedische Gesandtschaft verhandelt worden sind, oder durch die öffentliche Meinung zur Aufgabe der Neutralität gezwungen wird. Der argentinische Gesandte in Berlin hat beruhigende Telegramme geschickt. Der Streik der Eisenbahner verschärfte sich. Die Arbeiter verweigern die Arbeit, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß heute der Belagerungszustand in Argentinien verkündet wird.

### Lindhagen durchgefallen.

Stockholm, 27. September. (Via Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der linkssozialistische Bürgermeister Lindhagen ist bei der Wahl gegen einen Sozialdemokraten Brantingsher Richtung unterlegen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Teuerungszulagen in der Kostümbranche.

Ueber die Stellungnahme der Arbeitgeber zu den geforderten Teuerungszulagen nahmen die Berliner Kostümschneider und Kostümschneiderinnen in einer Versammlung am Mittwoch den Bericht entgegen. Der Referent Knosp führte dazu aus: Leider habe man in den Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die kürzlich stattfanden, nicht mehr erreichen können als die Zulage von 10 Proz. Teuerungszuschlag. Es sei natürlich versucht worden, mehr zu erzielen. Die Unternehmer meinten jedoch, mehr könnten sie nicht bewilligen. Dabei beriefen sie sich darauf, daß die im Frühjahr als Lohnzulage gewährten 25 Proz. auch unter dem Gesichtswinkel der Teuerung bewilligt seien. Die jetzt zu gewilligten 10 Proz. sollen vom 1. September ab nachgezahlt werden. Die Vertreter der Schneider und Schneiderinnen bestanden sich vor, erst die Zustimmung ihrer Versammlung zu der Höhe der Zulage einzuholen. Im übrigen legten sie bei den Verhandlungen Wert darauf, den besonders unter der Teuerung leidenden Arbeiterinnen mit geringeren Verdiensten noch eine besondere Zulage zu sichern, um hier einen besseren Ausgleich zu schaffen. Es scheint auch Aussicht darauf zu sein. Man wird darüber nochmal verhandeln.

Die Versammlung erklärte in einer Resolution, die zehnprozentige Teuerungszulage anzunehmen. Zugleich sprach sie jedoch die Erwartung aus, daß die Unternehmer den Arbeiterinnen mit Wochenverdiensten bis zu 32,50 M. noch eine weitere Zulage von 5 Proz. bewilligen.

## Industrie und Handel.

### Rohlenpreiserhöhung!

Die Oberschlesische Kohlenkonvention hat die Erhöhung der Kohlenpreise um 2 M. die Tonne mit Geltung ab 1. Oktober beschlossen. Hierzu tritt die Kohlensteuer von 20 Prozent.

Die Versammlung der Sechsenbesitzer des Rheinisch-Westfälischen Kohlenbundes beschloß Donnerstag auf Antrag des Geschäftsausschusses für das letzte Viertel des laufenden Jahres die Richtpreise einschließlich der Kohlensteuer für Kohlen um 2,40 M., für Koks um 3,60 M. und für Breitspitze um 2,50 M. zu erhöhen. Das entspricht einer Preiserhöhung der Brennstoffe selbst um 2 M. für Kohlen, um 3 M. für Koks und um 2,08—2,10 M. für Breitspitze. Unter freudiger Zustimmung der Versammlung wurde schließlich mitgeteilt, daß das Kohlenbündel auf die siebente Kriegsanleihe 50 Millionen Mark zeichnen und der Hindenburggabe 250 000 M. zuweisen wird. Auf die vorige Kriegsanleihe zeichnete das Kohlenbündel 40 Millionen Mark und bisher auf die ersten sechs Kriegsanleihen insgesamt 155 Millionen Mark, woraus schlüssig hervorgeht, daß die Sechsenbesitzer auch ohne Preiserhöhung eine dicke Stange Geld verdienen.

### Ausdehnung des A. Schaaffhausenschen Bankvereins.

Der Aufsichtsrat des A. Schaaffhausenschen Bankvereins, dessen Aktien sich zur Gänze im Besitz der Diskontogesellschaft befinden, beschloß, in Aachen, Düren und Siegen Niederlassungen zu errichten.

# Forderungen der Eisenbahner.

Von dem lebhaften Interesse, das die gewerkschaftliche Tätigkeit des deutschen Eisenbahnerverbandes in den Reihen der Eisenbahnarbeiter und Unterbeamten findet, zeugte der ungewöhnlich starke Besuch einer Versammlung, die der genannte Verband am Mittwoch im Lehrereisenbahnhaus abhielt. Der große Saal samt den Galerien war bis auf den letzten Platz besetzt.

Verbandsvorsitzender Brunner sprach über die wirtschaftliche Lage der Eisenbahner. Er führte unter anderem aus: Unter den Begleiterscheinungen des Krieges leiden die Staatsarbeiter, namentlich die Eisenbahner ganz besonders schwer, denn sie konnten nicht, wie andere Berufsgruppen, ihr Einkommen den Teuerungserhöhungen entsprechend erhöhen. Erst als die Lebensmittelpreise eine unerträgliche Höhe erreicht und die Industriearbeiter längst Lohnzulagen durchgesetzt hatten, bewilligte die Eisenbahnverwaltung Teuerungszulagen, die ja nach und nach erhöht wurden, aber immer noch viel zu gering sind, um einen annähernden Ausgleich zwischen Lohn und Lebensmittelpreisen darzustellen. Übrigens haben die Affordarbeiter nichts von den Teuerungszulagen, denn die

### Affordsätze sind nicht erhöht

worden. Das Einkommen der Affordarbeiter hat sich also nicht verbessert. Es wird gesagt, die seit Beginn des Krieges bewilligten Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen machen 70 Prozent des Lohnes aus. Ob dieser Satz zutrifft, läßt sich nicht nachprüfen. Aber angenommen, er wäre zutreffend, so würden sich die Eisenbahner doch noch schlechter stellen als vor dem Kriege, denn die notwendigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sind um 200 bis 280 Prozent im Preise gestiegen.

Wir halten eine prozentuale Lohnerhöhung nicht für das Richtige, denn dabei kommen ja die Arbeiter mit den niedrigsten Lohnsätzen, die der Aufbesserung am dringendsten bedürfen, am schlechtesten weg, während die höher entlohnerten höhere Zuschläge erhalten. Deshalb fordern wir eine gleichmäßige Lohnerhöhung von mindestens 25 Pf. pro Stunde für alle Arbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf die derzeitige Höhe ihres Lohnes. Diese Forderung haben wir bereits im Juli aufgestellt. Ehe wir dazu kamen, sie dem Ministerium einzurichten, wurden eine Zulage von monatlich 9 M. bewilligt, womit sich der Triersche Verband zufrieden gab und der Eisenbahnverwaltung seinen Dank aussprach. Gätte der Triersche Verband damals nicht diese Haltung eingenommen, dann würde es uns möglich gewesen sein, mehr zu erreichen. Inzwischen haben unsere Versammlungen im ganzen Lande beschlossen, festzuhalten an der Forderung einer Lohnerhöhung von mindestens 25 Pf. für die Stunde, sowie Erhöhung der Pensionen und Neuwahl der Arbeiterausschüsse. Diese Forderungen haben wir dem Ministerium eingereicht. Das sind unsere Mindestforderungen, von denen wir nichts ablassen können.

Zußerdem haben wir noch weitere Forderungen, für deren Verwirklichung unser Verband eintritt. Vor allem muß die

### Arbeitszeit verkürzt

werden. Es kommt noch vor, daß Schichten von 14 bis 16 Stunden gemacht werden. Für die Werkstattdarbeiter gilt ja eigentlich die 9stündige Arbeitszeit, die ist aber durch eine Ueberstunde, die seit drei Jahren jeden Tag gemacht werden muß, tatsächlich zu einer 10stündigen geworden. Wir fordern grundsätzlich die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit.

Man sage nicht, unsere Forderungen seien unerfüllbar. Die

preussischen Staatsbahnen werfen höhere Ueberstunde ab als die im Privatbesitz befindlichen Eisenbahnen anderer Länder. Es wäre also sehr wohl möglich, die Forderungen der Eisenbahner zu erfüllen, ohne daß der Betrieb der preussischen Eisenbahnen dadurch benachteiligt würde. Wenn nicht die Eisenbahner unter dem Zwange des Hilfsdienstgesetzes ständen, dann könnten sie in der Privatindustrie, wo wesentlich höhere Löhne gezahlt werden, Arbeit finden. Da ihnen diese Möglichkeit benommen ist, so wird die Eisenbahnverwaltung auch angemessene Lohnerhöhungen bewilligen müssen. — Der Eisenbahnerverband wird mit aller Entschiedenheit für die von ihm aufgestellten Forderungen eintreten.

Nach einer Rede des Landtagsabg. Konr. Gaenisch über die nächsten Aufgaben des Landtags, der eine rege Aussprache folgte, wurde folgende

### Entscheidung

einstimmig angenommen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von der Eingabe des Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten. Sie erklärt, daß es sich bei den in der Eingabe zum Ausdruck gebrachten Wünschen: Erhöhung des Lohnes um mindestens 25 Pf. pro Stunde für alle Bediensteten, Erhöhung der Pensionen und Neuwahl der Arbeiterausschüsse nur um die Wünsche von ganz besonderer Dringlichkeit handelt.

Bezüglich der Arbeitszeit hat die Versammlung an dem fest, was bereits im Mai 1913 im „Bedruf“ zum Ausdruck gebracht wurde: „Eine unserer hauptsächlichsten Forderungen ist neben der Erhöhung des Lohnes die Verkürzung der Arbeitszeit. Das Bestreben unserer Organisation ist darauf gerichtet, die tägliche Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden zu beschränken, die Ruhepausen entsprechend zu verlängern und jedem Bediensteten wöchentlich einen Ruhetag von mindestens 36 Stunden zu sichern.“

Die lange Kriegsdauer hat an dieser Auffassung nichts geändert. Es ist heute mehr denn je geboten, die Arbeitszeit auf acht Stunden zu beschränken. Die vielen Ueberstunden in Verbindung mit der ungenügenden Ernährung haben zu einer Erschöpfung der Arbeitskraft geführt, die nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit wieder beseitigt werden kann. Deshalb hält die Versammlung in völliger Uebereinstimmung mit dem Vorstande des Deutschen Eisenbahnerverbandes daran fest, daß die achtstündige Arbeitszeit so bald als möglich eingeführt werden muß. Die Versammlung verurteilt das Bestreben, durch hohe Lohnzuschläge zur Ueberstundenarbeit anzureizen, weil die anhaltende Ueberstundenarbeit zur völligen Untergrabung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Bediensteten führen muß. Die Lohnberechnung für die achtstündige Arbeitszeit muß in der Weise erfolgen, daß unter Vereinfachung des Affordsystems der Lohn in 8 Stunden so hoch ist, wie er heute nach der Lohn-erhöhung um 25 Pf. pro Stunde sein würde.

Die Versammlung beauftragt den Vorstand, nach wie vor im Sinne der aufgestellten Forderung zu wirken. Die Versammelten verpflichten den Vorstand dadurch tatkräftig zu unterstützen, daß sie unermüdet für den weiteren Ausbau des Deutschen Eisenbahnerverbandes wirken.

Verantwortlich für Inhalt: Erich Kusner, Berlin; für den äußeren Teil des Blattes: Alfred Scholz, Kaufh. für Inserate: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Norddeutscher u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.

# Der Herbst ist da

und mit ihm die Notwendigkeit von warmer Kleidung für die kommenden kalten Tage besorgt zu sein. Die große Reichhaltigkeit an Mänteln und Kleidern, die Sie bei uns finden, wird Ihnen die Wahl wesentlich erleichtern.



Rönigstraße 33 Chausseestr. 113  
 am Bahnhof Alexanderplatz am Central Bahnhof  
 Sonntags geschlossen!

## Gewerkchaftshaus.

Sonntag, den 30. September 1917:

### Schöneberger Frauen- und Mädchenchor einen Unterhaltungsabend

unter gütiger Mitwirkung der Kammerlängereinnen von Teiern und Maria Groß.  
 Gesungen werden: Wie der Kaktuswähe aus der Ober-  
 „Kaktuswähe“ von Professor Haber Zaharments und Wie der  
 „Kaktus“ aus der Oper „Eugen Onegin“ von Tschadowsky.

### Konzert und Gänsebraten-Essen

a Portion 4 M. mit Zubehör.

Sonntag mittag:

Hühnerbrühe	0,30	Gettente	3,00
Schellfisch mit Sauce	2,00	Krautbeef	3,00
Grüne Bohnen m. Beilage	2,00	Kompott oder Salat	

Heute und morgen:  
 Hühnerbrühe a Liter 60 Pf.  
 und darin gekochte Hühner ein Halbes 5,00 M.  
 Ein Posten rohe Gänse- und Entenfleise, gemischt, a Pfd. 3,00 M.  
 Ein Posten fette Hühner a Pfd. 5,00 M.  
 Ein Posten fette Enten.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungshelle Berlin, N 51, Zährstraße 83-85  
 Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

### Sonntag, den 30. September 1917, vormittags 9 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung

des Bezirks Cöpenick-Friedrichshagen  
 im Lokal Arthur Kahner, Cöpenick, Kaiserin-Auguste-Viktoria-  
 Straße 29.

### Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Antrag des Gewerkschaftsartells  
 Spandau. 2. Bezirksangelegenheiten.  
 Im Interesse unserer Organisation erlauben wir sämtliche  
 Kollegen und Kolleginnen, an dieser Versammlung teilzunehmen,  
 da auch die Verhältnisse innerhalb der Bezirksleitung eine un-  
 bedingte Klärung durch die Mitglieder notwendig machen.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Die Ortsverwaltung.

## Konfirmanten-Uhren

nach, auf Steinen gehend, von 9 M. an  
 in größter Auswahl; genau reguliert;  
 Nickelgehäuse, Leuchtuhren, Armbanduhren.  
 Spezialhaus für Uhren.

E. Möbis, 14 Beuthstr. 14  
 (Eingang nur im Laden).

## Spezial-Arzt

Dr. med. Hasehe,  
 Friedrichstr. 90 direkt am  
 Stadtbahn,  
 Behandl. von Syphilis, Haut-,  
 Genuß-, Frauenleiden, (bes.  
 Chron. Hämorrhoiden, Hämorrhoiden,  
 Schmerzen, furchige Be-  
 handlung ohne Berufsstörung,  
 Blutuntersuchung, Röntg. Preis-  
 Tellzahlung. Sprechstunden 10  
 bis 1 und 6-8, Sonnt. 11-1.

## Uebersetzung!

Verlangen Sie Gartbrotschüre  
 Dr. Gebhard & Co.,  
 Berlin, Hallesche Straße 23a.

## Spezialarzt

Dr. med. Colemann  
 für Haut-, Harn-, Frauenleiden  
 nerv. Schwäche, Seinkrank-,  
 Ehrlich-Hata-Kuren,  
 (Dauer 12 Tage), Behandlung  
 schnell, sicher und schmerz-  
 los ohne Berufsstörung.  
 Königstr. 34-36 Stadtbh.  
 Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.  
 Vom 1. Oktober 1917  
 Königstr. 56/57, gegenüb. Rath.

## Reuters Werte

3 Bände 5 M. Buch-  
 handlung Bernards

## Spezial-Arzt

Dr. med. Haedicke  
 Harn-, Haut-, Geschlechtsid.,  
 Syphil. (Behandlungsd. 12 T.),  
 Blutunters. Ehrlich-Hata-  
 (Salvarsan-K. Mod. schmerz-  
 los) Behandl. o. Berufsstörung.  
 Mäßige Preise. Teilzahlung -  
 Friedrichstr. 187-188 a. d. Mohrenstr.  
 (Untergrdb.)  
 11-1, 3-7, Sonntags 11-1.

## Dr. Hellwig

Vom 1. Oktober an:  
 Sprechstunden 8-10, 4-6,  
 Sonntags 9-10, 300L.

Gegründet 1876.

## Möbelfabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigaer Str. 71-73a  
 empfiehlt gute preiswerte Möbel

# 154 Musterräume

Lageräume: 6696 q-Meter groß.  
 Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

Verzand nach allen Plätzen Deutschlands.

Stadtverordnetenversammlung.

Vorsitzer Nischelet eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Kumpfmüller (Fr. Fr.) das Mandat niedergelegt hat.

Die Erhöhung des Gaspreises von 16 auf 20 Pf. pro Kubikmeter ist von dem eingehenden Ausschuss zur Genehmigung empfohlen worden; auch soll es für die Gewährung des Vorzugspreises von 18 Pf. für die kleinen Verbraucher bei der Höchstgrenze von 365 Kubikmeter sein Bewenden haben.

Es laufen 4 Amendements ein. Referent Stadtv. Gronwaldt (Linke) gibt einen Überblick über die in zwei Ausschüssen gepflogenen Beratungen, die zur Annahme der Erhöhung mit 9 gegen 5 Stimmen geführt haben.

Stadtv. Eichhorn (Unabh. Soz.): Da die schlechten Gasfinanzen schließlich eine Kriegsfolge seien, sollte man das Defizit auch auf das Kriegskonto legen, dessen Deckung der Zukunft vorbehalten ist. Wollte man das nicht, so müßte der Fehlbetrag auf die Gemeindefiskus gemindert werden.

Die Konzeption von 2 Pf. für die kleinsten Verbraucher kann die Vorlage ausgleichs nicht schmachtig machen, denn in Wirklichkeit liegt auch für sie der Durchschnittsverbrauch etwa bei 450 Kubikmeter, nicht aber unter 365; und sehr in Betracht kommt zugleich die Gasverschlechterung, die Kohlen- und die Petroleumlage. Der Hinweis auf die angeblich richtig gestiegenen Arbeiterlöhne entbehrt jeder Beweiskraft; und welche Wucherpreise muß der Arbeiter für Nahrungsmittel zahlen, die er schlechterdings nicht entbehren kann! Nach dem Kriege werden für die Arbeiterschaft Notstandszeiten kommen und die soll man nicht durch so verkehrte Maßnahmen wie diese Vorlage schon vorweg verschärfen. Kommen Sie doch zu einer Erhöhung, so lassen Sie wenigstens die Konsumenten bis 600 Kubikmeter völlig frei! Auch muß die Erhöhung erst ab Oktober, nicht schon ab September in Kraft treten. Eventuell wünschen wir, daß den Konsumenten bis zu 600 Kubikmeter die ersten 365 Kubikmeter unter allen Umständen nur mit 2 Pf. Verteuerung angerechnet werden.

Stadtrat Rast vertritt die Auffassung, daß die Gaswerke ein gewerbliches Institut der Stadt sind und daß dem kleinen Abnehmer genügend Entgegenkommen gezeigt worden ist. Wenn die Kohlenpreise und die Arbeiterlöhne wieder sinken (Was! bei den Sozialdemokraten!), würden auch die Gaspreise wieder zurückgehen. Die Verschlechterung des Gases betrage nur 15 bis 20 Proz., nicht 30 oder gar 50 Proz., wie behauptet worden sei. Die Anträge seien abzulehnen; nur die Bestandaufnahme pro Oktober sei akzeptabel.

Kammerer Böß: Reich und Staat verfahren finanzpolitisch noch den gleichen Grundsätzen wie unsere Vorlage. Die Löhne sind seit September 1916 bedeutend weiter gestiegen, bei uns um 80 Proz.; die Statistik des Reichsarbeitsblattes, auf die sich der Stadtv. Eichhorn beruft, schließt aber mit September 1916 ab.

Stadtv. Fröhlich (Soz.): Mit den 365 Kubikmeter als Höchstgrenze für die kleinen Konsumenten ist nichts anzufangen; die Grenze liegt bei 600 Kubikmeter. Wir haben einen entsprechenden Abänderungsantrag gestellt. Wir sehen die ganze Frage als eine Kriegsfolge an, deren Abgeltung Sache der Allgemeinheit ist. Für die weiteren Amendements Eichhorn werden wir stimmen; kommen diese Änderungen nicht durch, so müssen wir die Vorlage verteidigen. Für die Vorlage spricht Stadtv. Dr. Lehn II (Linke).

Stadtv. Adolf Hoffmann (Unabh.): Es sollte doch selbstverständlich sein, daß die kleinsten Abnehmer auch tatsächlich in den Genuss des Abschlags von 2 Pf. kommen; es ist die schlimmste Ungerechtigkeit, daß der Abnehmer die 4 Pf. zahlen muß, wenn er auch nur 1 Kubikmeter über 365 verbraucht. Man reißt uns immerfort die Lohnsteigerungen vor; aber die Lebensmittelpreise sind nicht 100 Prozent, sie sind 1000 Prozent höher gestiegen! Stadtrat Rast gibt zu, daß die Verschlechterung des Gases daher rührt, daß die Gaswerke die Nebenprodukte an die Militärverwaltung zu einem niedrigeren Preise als die Privatindustrie abgeben muß; ist das nicht auch eine große Ungerechtigkeit? Dieses Defizit ist eine Kriegsfolge, die auf das Kriegskonto gehört.

Stadtrat Rast bleibt bei seinen Ausführungen stehen. Bei den Automatabnehmern hat sich nach Stichproben aus letzter Zeit auch ein Durchschnitt von 300 Kubikmetern herausgestellt.

Stadtv. Rommsen (Fr. Fr.) protestiert gegen die Deduktion, daß die Höhe der Löhne der Arbeiter danach zu beurteilen sei, ob sie den Arbeitern gestatte, auf Selbstkosten zu phantastischen Wucherpreisen Butter, Schmalz, Speck usw. zu erstehen. Die Gaswerke müßten wenigstens die Selbstkosten decken. Die hier in Frage stehende Verteuerung sei eine Bagatelie gegen die enormen Preissteigerungen, die jeder zu ertragen habe.

Stadtv. Dr. Wehl (Unabh.): Man hätte eine Staffellung der Erhöhung nach dem Einkommen der Konsumenten vornehmen sollen. Die Verschlechterung des Gases durch Streckung mit Wasser gas geht über die heute zugegebenen 10-20 Prozent ganz erheblich hinaus; die Grenze von 365 Kubikmeter sei auch aus diesem Grunde ohnehin nicht haltbar. Nach den bestehenden Vorschriften könnten übrigens die höheren Sätze erst nach 3 Monaten in Kraft gesetzt werden.

Nachdem noch Gaswerksdirektor Lentke einige technische Aufschlüsse gegeben hat, verwarf sich Stadtv. Adolf Hoffmann gegen die Ausführungen des Stadtv. Rommsen, soweit sie die Ernährung und die Lebensweise der Arbeiter betrafen. Für die Reservierung der Heizschiffe aus den Gaswerken zwecks Deckung künftiger Defizite sei seinerzeit gerade Singer aufs entschiedenste eingetreten.

Kammerer Böß: Bei Übernahme des Fehlbetrags auf die Gemeindefiskus würden gerade die kleinsten Leute mehr zu zahlen haben als bei den 2 Pf. Preissteigerung.

Damit schließt die Beratung gegen 10 Uhr. Die Einziehung des erhöhten Preises erst ab Oktober wird nach dem Antrag Eichhorn fast einstimmig beschlossen.

Der Antrag, von den Abnehmern bis zu 600 Kubikmeter keinen erhöhten Gaspreis zu erheben, wird in namentlicher Abstimmung mit 59 gegen 35 Stimmen abgelehnt, ebenso fällt der Eventualantrag.

Die Erhöhung des Preises nach dem Magistratsantrage gelangt darauf zur Annahme.

Der Antrag Heilmann betr. das Gemeindevorrecht wird von der Tagesordnung abgelehnt.

Zur Durchführung der dem Kriegsausschuss zum Schutz ausfallender Kinder gestellten Aufgaben sollen von Stadt wegen 50 000 M. bewilligt werden.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (U. Soz.) legt dar, wie diese Bestrebungen seit Jahren energisch hätten gefördert werden können, wenn man seinerzeit die sozialdemokratischen Anträge angenommen hätte. Die bisherige Tätigkeit des Kriegsausschusses habe sich leider auf Beseteln und Entsameln milder Gaben beschränkt und demgemäß kümmerlich seien auch seine Leistungen gewesen. Man müsse klaren Einblick in die Funktionen des Ausschusses und auch in seinen Personenkreis gewinnen; die Arbeiterschaft sei davon ausgeschlossen. Ausschussberatung sei notwendig.

Stadtrat Dörslein bittet, davon abzusehen, die Sache sei eilig. Die Verantwortlichkeit des Stadtrats Sassenbach, des Vorsitzenden dieses freiwillig zusammengetretenen Ausschusses, bürge für sachgemäße Ausführung.

Der Antrag auf Ausschuss wird abgelehnt; die zweite Lesung wird erst später stattfinden.

Nach dem Vorgang des Staats- und der Vorortstädte will Berlin seinen Beamten und Angestellten neben den Kriegszulagen besondere Kriegsteuerungshilfen gewähren, und

zwar ab 1. Juli 1917 und bis zu den Gehältern von 10 000 M. Es sollen erhalten:

a) Verbeiratete ohne Kinder sowie Unverbeiratete, die Angehörige unterhalten, jährlich in Klasse 1 (7000-10 000 M. Gehalt) 1000 M., 2 (5000-7000 M. Gehalt) 900 M., 3 (3000-5000 M. Gehalt) 750 M., 4 (bis 3000 M.) 640 M.;

b) Verbeiratete mit Kindern für jedes Kind ohne eigenes Einkommen noch 10 Proz. dieser Sätze;

c) Sonstige Unverbeiratete in allen Klassen 400 M. jährlich. Gleichzeitig teilt der Magistrat die von ihm festgesetzten Erhöhungen der Vergütungssätze für Hilfskräfte mit. Stadtv. Gaffel (Linke) beantragt Ausschussberatung. Es liegt ihm unter anderem daran, die Grenze von 10 000 M. zu erweitern und auch die Magistratsmitglieder nicht auszuscheiden.

Stadtv. Düring (Fr. Fr.) ist gleicher Meinung. Die Stadt müsse ihren Beamten über die schwere Not der Zeit hinweghelfen. Stadtv. Hinke (Unabh.): Die Lebensmittellage ist fast durchweg auf 100 Prozent und darüber gestiegen; dem gegenüber nehmen sich die beabsichtigten Zulagen, zumal für die niedrigeren Gehälter, nicht gerade stattlich aus. Die Zulagen für die geringeren Gehälter müßten gerade höher sein; sonst würden wir eine einheitliche Zulage von 750 M. für alle Kategorien, auch für die Unverbeirateten, vorgehen. Die Arbeiter sind noch nicht durchweg so aufgebessert, wie gewünscht werden muß. Die Vergütungen für eine Reihe von Hilfskräften sind völlig unzureichend erhöht worden.

Stadtv. Bräuner (Soz.): Wir wünschen auch unsererseits in einem Ausschuss die Ungleichheiten in der Vorlage zu erörtern und abzustellen. Der Magistrat spricht immer von einer Teuerungszulage; es könnte aber damit auch eine neue Regulierung der Gehälter beabsichtigt sein. Diese würde uns unzulänglich vorkommen; als Teuerungszulage aber erscheinen uns die Sätze der Vorlage ebenso wie dem Kollegen Hinke als eine Ungerechtigkeit. Die Arbeiterlöhne müssen gleichfalls reguliert werden; nicht in allen Ressorts können die Arbeiter mit ihren Anträgen bei der Stadterhaltung auf das gleiche Wohlthun. Redner führt eine Anzahl von Beschwerden an, in denen die Arbeiterorganisationen als Vertreter der Arbeiterschaft nicht anerkannt werden.

Die Einsetzung eines Ausschusses wird beschlossen. Gegen die Bewilligung von 100 000 M. für die Hindenburg-Spende spricht sich Stadtv. Pfannkuch (Soz.) aus, weil die Stadt keinerlei Einfluß auf die Verwendung der Summe habe. Mit dem Verein „Hindenburg-Gabe“, der alldutschen Tendenzen zu huldigen scheint, wolle man nichts zu tun haben.

Oberbürgermeister Vermuth: Die Vermutung, daß politische Motive mitspielen, ist durchaus irrtümlich. Die deutschen Städte beteiligen sich in weitem Umfange an der Gabe. Stadtv. Gaffel verwendet sich mit größter Lebhaftigkeit für die beantragte Erhöhung. Man würde bei einer Ablehnung mit Fingern auf Berlin weisen. (Zustimmung und Widerspruch.) Stadtv. Dr. Wehl spricht aus den vom Stadtv. Pfannkuch entwickelten Gründen gegen die Bewilligung. Jedenfalls habe sich der Generalsekretär der Hindenburg-Gabe noch nicht verbeaten, vor den alldutschen Wagen gespannt zu werden.

Stadtv. Pfannkuch sieht eine völlig einwandfreie, unparteiische Verwaltung der Hindenburg-Gabe nicht für gewöhnlich an.

Nach einer Erwiderung von Gaffel wird die Bewilligung beschlossen. Schluß 10 Uhr.

Groß-Berlin Die Gasverteuerung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern die vom Magistrat beantragte Gasverteuerung beschlossen. Sie kam zu diesem Ergebnis nach einer langen und heftigen Debatte, in der nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten sich gegen die Verteuerung erklärten. Beide Gruppen bekämpften die sozialdemokratische Fraktion durch ihren Redner Genossen Fröhlich, die Mitglieder der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei durch ihre Redner Eichhorn, Ad. Hoffmann und Wehl — den aus dem Ausschuss unverändert zurückgekommenen Magistratsantrag wegen der die Unheimlichkeiten schwer treffenden Belastung. Die Magistratsvertreter, Stadtrat Rast und Stadtkammerer Böß, sahen keinen Grund, solche Bedenken zu haben. Die Freisinnigen stimmten dem Verteuerungsplan zu, aber — so versicherten ihre Redner Stadtverordneter Lehn und Stadtverordneter Rommsen — „nicht leichten Herzens“. Sie waren, ihrem „schweren Herzen“ zum Trotz, auch für die Erleichterungen nicht zu gewinnen, die für den Fall der Annahme der Magistratsvorlage von den Sozialdemokraten beantragt wurden. Anträge, wenigstens die Gasabnehmer mit einem Jahresverbrauch bis 600 Kubikmeter von der Verteuerung freizulassen, wurden von beiden sozialdemokratischen Gruppen gestellt. In der Abstimmung standen sie gänzlich allein; nicht ein einziger der Freisinnigen stimmte dafür — und die Erleichterung wurde abgelehnt. Abgelehnt wurde auch der von den Unabhängigen gestellte, von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützte Antrag, dann wenigstens für die ersten 365 Kubikmeter eine Erleichterung zu gewähren. Gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Gruppen wurde die Gasverteuerung so, wie der Magistrat sie beantragt hatte — mit der einzigen Änderung, daß sie erst mit der Gasmesferstandaufnahme des Oktober beginnen soll — angenommen. Dieser unsoziale Beschluß ist wahrlich kein Ruhmesblatt in dem Kranz der Kriegsaufregung der Stadt Berlin. Wie die Bevölkerung darüber denkt, zeigen die Mißfallenskundgebungen, die von der starkbesetzten Tribüne kamen.

Ein Gang durch ein Gaswerk.

Gasfragen beunruhigen jetzt die Gemeindeverwaltungen nicht minder als die Bevölkerung. Die Gasverbraucher sollen sich mit einer geringeren Gasmenge als bisher behelfen, obwohl das Gas gegen früher an Heizwirkung verloren hat. Und obwohl dadurch der Wert des Gases verringert worden ist, sollen sie es teurer als bisher bezahlen. Die Gemeindeverwaltungen aber klagen, daß für sie infolge der Kohlensteigerung die Gaswerke selbst bei erhöhtem Gaspreis nicht die früheren Einnahmequellen sind. Sie fürchten auch, daß infolge der Kohlenknappheit bei Fortdauer starken Gasverbrauchs die Gaswerksbetriebe eines Tages lieferungsunfähig werden könnten. Zeitgemäß schien in solcher Zeit der Gasfragen ein Besuch des Berliner Gaswerkes in Zehlendorf, zu dem der Magistrat die Vertreter der Presse eingeladen hatte. Direktor Schönberg und Diplomingenieur Gärtner übernahmen die Führung der Gäste. Das Werk Zehlendorf leistet allein ein Drittel der von den Gaswerken der Stadt Berlin erzeugten Gasmenge, die im ganzen 300 Millionen Kubikmeter für das Jahr beträgt. Demzufolge ist die Ausdehnung der Werksanlagen, die sich auf einem 300 Morgen großen Gelände vom Zehlendorfer See bis zur Arrenmeyer Straße erstrecken und — dabei zwei Straßen auf Brüden überschreiten

Kriegsarbeit ist alles an dieser Schöpfung der Technik, angefangen von dem 600 Meter langen gewaltigen Kohlenstapel, der aus einem eigenen Hafen die Kohlenladungen der Röhre übernimmt, bis zu den turmhoch aufragenden Gasbehältern, die sich mit dem gebrauchsfertigen Gas füllen und es an die Rohrleitungen weitergeben. Vor den Defen hatten wir Gelegenheit zu einer kurzen aber eindringlichen Probe der Gluthitze, die der Feuerarbeiter in langer Arbeitszeit ertragen muß. Es ist hier nicht der Ort, die verwiderten Vorgänge zu schildern, in denen die Erzeugung des Gases und seiner Nebenprodukte sich vollzieht, oder die Maschineneinrichtungen zu beschreiben, die dabei demütigt werden. Eine Vorstellung von der Größe des rund 1200 Arbeiter beschäftigenden Werkes und seiner Leistungen möge man sich aus folgenden Zahlen machen: Der Kohlenstapel bietet Raum für 170 000 Tonnen Kohle (= 840 000 Zentner), das ist der Inhalt von 17 000 Eisenbahnwagen, die zu einem Zuge zusammengestellt etwa 150 Kilometer Gleisstrecke, die Entfernung von Berlin bis Halle, belegen würden. Zurzeit ist freilich dieser aus Zement geformte ungeheure Kohlenstapel, der von den über ihm schwebenden Gängebahnen aus gefüllt wird und von den unter ihm befindlichen Metern, aus durch „Abzapfung“ entleert wird, leider — fast leer. Nicht mehr als 20 000 Tonnen Kohle lagern jetzt in ihm, womit das Werk bei einem Verbrauch von jetzt täglich nur 700 Tonnen noch seinen ganzen Monat reicht. Die Beförderung der Kohle von den Mägen zum Speicher und von dort in die Retorten, in denen sie vergast wird, geschieht durchgängig mit Hilfe von Gängebahnen und anderen Maschineneinrichtungen. Die beiden großen Gasbehälter fassen 145 000 Kubikmeter und 225 000 Kubikmeter, zusammen 370 000 Kubikmeter. Auf dem Wege dorthin muß das aus der Kohle gewonnene Gas sich noch eine Streckung durch Zufuß von schlechterem Wasser gas gefallen lassen, das in letzter Zeit zwischen einem Viertel und einem Drittel der Gasmenge geschwankt hat. Unser Führer belehrte uns, daß bei Fortdauer des Kohlenmangels der Wasser gaszusatz vielleicht sogar bis zur Hälfte der Gasmenge wird gesteigert werden müssen. Schöne Ausblicke für die Gasverbraucher, die bei solcher Gasverschlechterung die Verbrauchsmenge einschränken sollen!

Eine „Sparausstellung für Kohle, Gas und Elektrizität“

ist in Charlottenburg eröffnet worden und kann bis Sonntag täglich von 4-8 Uhr in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule (Nereisestr. 24) unentgeltlich besichtigt werden. Das Hauptgewicht ist darauf gelegt, zu zeigen, wie man die heizungsparende Kohlsäure benutzt und wie man mit einfachsten Mitteln sie sich selber herstellen kann. Mitausgestellt sind die Ergebnisse eines Wettbewerbs selbstangefertigter Kochlisten, der manche sehr eigenartige Lösung der Aufgabe gebracht hat. Nicht nur alte Rissen aller Art sind dabei benutzt worden, sondern auch eine Holzwanne, ein Narmeladenemmer, ein Rehröhrchen und sogar eine Quastkabel, natürlich alles in der Herrichtung, wie sie für richtige Kochlisten erforderlich ist. Auch Kochbeutel gibt es zu sehen, die ein billiger und leicht anzufertigender Noteratz für Kochlisten sind. Im übrigen wird der Ausstellungsbesucher darüber belehrt, wie er an Lampen und Kochapparaten die Brenner zu behandeln hat, wie weit er die Hähne aufdrehen soll, wieviel Gas die Flammen verbrauchen usw. Vermittelt wird mancher eine Belehrung darüber, wie man bei der Heizung des Stubenofens und der Kochmaschine an Holz, Kohle und Rost sparen kann.

Wie wird die Nahrungsmittelzuteilung für 1917/18?

Das Ergebnis des Erntejahres 1917 dürfte sich nun bald überleben lassen. Da für die deutsche Städte es für nötig gehalten, beim Staatssekretär des Reichsernährungsamtes Herrn von Waldow eine möglichst umgehende Einberufung des Ernährungsbeirates zu beantragen. In der Zeit des Herrn von Waldow trat der Beirat zum letztenmal am 3. März d. J. zusammen, so daß man wirklich nicht von einer Ueberlastung mit Arbeit reden kann. Jetzt kommt es darauf an, nicht nur die künftigen Kopfmengen der Hauptnahrungsmittel, Fleisch, Brot und Kartoffeln festzusetzen, sondern auch die Frage des Zueinandernehmens der verschiedenen Nahrungsmittel zu entscheiden. Wenn Mangel an einem Nahrungsmittel besteht, soll ja — so wurde es in Aussicht gestellt — möglichst durch ein vielleicht reichlicher vorhandenes anderes Nahrungsmittel ein Ausgleich versucht werden. Der Deutsche Städte tag wünscht, daß der Ernährungsbeirat sich mit dieser Frage beschäftigt. Wir freuen uns, daß die Herren jetzt so fleißig an die Arbeit gehen, und wollen nur hoffen, daß sich das Resultat ihrer Berechnungen im nächsten Frühjahr nicht wieder als ebenso irrtümlich herausstellt wie im vergangenen.

Das Brot soll teurer werden.

In der Groß-Berliner Brotartengemeinschaft ist vorgeschlagen worden, in Anbetracht der guten Kartoffelernte wieder Kartoffeln zur Streckung des Brotes zuzulassen und dafür die Ausmalung des Mehles einzuschränken. Bei der Festsetzung der neuen Mehl- und Brotpreise dürfte wahrscheinlich den Wünschen der Bäcker, die behaupten, jetzt überhaupt nichts am Brot verdienen zu können, auf Erhöhung der Brotpreise stattgegeben werden. Die endgültige Beschlußfassung über beide Fragen wird voraussichtlich erst in der nächsten Woche erfolgen.

Ein Gedentag der preussischen Volksschule.

Die preussische Volksschule kann jetzt sozusagen den 200. Geburtstag der allgemeinen Schulpflicht feiern. Vor zweihundert Jahren, am 28. September 1717, erließ König Friedrich Wilhelm I. eine Verordnung über die allgemeine Schulpflicht. Sie bestimmte, daß hinsichtlich in den Orten, wo Schulen seien, die Eltern bei nachdrücklicher Strafe gehalten sein sollen, ihre Kinder gegen zwei Dreier wöchentliches Schulgeld von einem jeden Kind im Winter täglich und im Sommer, wenn die Eltern der Kinder bei ihrer Wittschaft benötigt seien, zum mindesten ein- oder zweimal die Woche, damit sie dasjenige, was im Winter erlernt worden, nicht gänzlich vergessen mögen, in die Schule schicken. Aber von der Verordnung bis zur Befolgung dieser heilseligsten Vorschriften war ein langer Weg. Selbst in der königlich preussischen Haupt- und Residenzstadt Berlin ließ noch nach mehr als hundert Jahren die Durchführung der „allgemeinen Schulpflicht“ sehr viel zu wünschen übrig. Noch für das Jahr 1827, das eine Umgestaltung des Berliner „Armen-Schulwesens“ brachte, ist eine und heute kaum glaubhafte scheinende Unvollständigkeit der Veranlagung zum Schulbesuch festzustellen. Für jenes Jahr wird die Zahl der den Schulpflicht unterliegenden schulpflichtigen Kinder Berlins auf 5000 berechnet, bei einer Gesamtzahl von damals noch nicht 25 000 schulpflichtigen Kindern.

Protanfrischmittel. Die Narmeladenfabriken, welche Mitte August nur über rund 300 000 Zentner Obst verfügten und weitere Ware nicht mehr erhalten konnten, haben auf Grund der Besatmmung vom 20. August 1917 über die zwangsweise Erhaltung von Äpfeln, Birnen und Pflaumen inzwischen rund 2 700 000 Zentner Obst zugeleitet erhalten, so daß sie jetzt mehr als 3 Millionen Zentner Obst zur Herstellung von Protanfrischmittel bereit haben.

Auslandsfäse. In der Zeit vom 24. bis 30. d. M. kommt in Groß-Berlin unter Vermittlung der Preitstelle Streichläse zum Preise von 60 Pf. für 125 Gramm zum Verkauf. Es handelt sich um Aulandsware, die dem Höchstpreise nicht unterliegt.

Kartoffelverkauf. Der Magistrat Berlin gibt bekannt, daß der Kartoffelverkauf im Kleinhandel auf Grund der neuen (heißbraunen)

Kundenliste am Montag, den 1. Oktober beginnt und die bisher gültige Kundenliste an diesem Tage ihre Gültigkeit verliert. Die Kartoffelkäufer werden aufgefordert, sich die geprüften Kundenlisten am Sonnabend, den 29. September, von ihrer Proskommission abzuholen.

**Im Kampf mit dem Schleichhandel.** Der Kaufmann Heinrich Müller, Berlin, Warschauer Straße 86, kaufte von Schleichhändlern auf dem Stettiner Bahnhof Butter zu Bucherpreisen auf. Beamte des Kriegswachamts nahmen ihn fest, als er 100 Pfund Butter in vier Kisten verpackt in einer Droschke fortzuschaffen wollte. Müller wurde in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. — Das Kriegswachamt schloß die Konditorei von Karl Schäfer, Berlin, Potsdamer Straße 55. Schäfer hatte wiederholt im Schleichhandel erhebliche Mengen Mehl aufgekauft und in seinem Betriebe verarbeitet.

**Warnung.** Halbamtlich wird folgende Warnung erlassen: In verschiedenen Gegenden der Stadt sind die Kriegsanleihe-Plakate zum Teil beschädigt, zum Teil ganz abgerissen worden. Offenbar handelt es sich um Dummjungenstreiche von Kindern und Halbwüchsigen. Darum seien die Eltern und Lehrer dringend ermahnt, den Kindern das Verlegen oder mutwillige Zerstören dieser Plakate mit Hinweis auf strenge Bestrafung ernstlich zu unterlagen.

In der Kundgebung der deutschen Wirtschaftskräfte für die siebente Kriegsanleihe am heutigen Freitag, abends 8 Uhr, im Zirkus Busch, werden unter anderem die Reichstagsabgeordneten Erzberger, Dr. Raumann, Graf v. Pofadowsky-Wehner, Dr. Nießer, Dr. Roefide, Dr. Strefemann, Dr. Südekum, Graf v. Westarp sprechen.

**Ein Raubüberfall** wurde in der Frankfurter Allee 246 zu Lichtenberg versucht. Gegen 10 Uhr vormittags verhafteten sich unter einem Vorwande drei Männer Eingang in das Kontor des Gefäßhändlers Wagner, der dort allein war. Wüthlich warf einer von ihnen dem Geschäftsmann Schmutzstaub ins Gesicht, um ihn zu blenden und dann mit den anderen über ihn herzufallen und ihn zu berauben. Der Plan mißlang jedoch. Wagner, ein kräftiger Mann, hielt sich die Angreifer vom Leibe und schlug sie in die Flucht, ohne daß sie etwas erbeuteten. Alle drei sind entkommen. Dem Angreifer nach sind es polnische Arbeiter. Einer der Täter hat einen schweren Fingerring abgenommen. Nur zwei können genauer beschrieben werden. Der eine ist etwa 25-28 Jahre alt und mittelgroß, hat einen schwarzen Schnurrbart und trug ein dunkelblaues Jackett. Der andere trug einen grauen Anzug. Einen hellgrauen und einen schwarzen Pelourhut mußten die Räuber am Tatort zurücklassen.

**Ein sehr gefährlicher Brand** kam am Hofe der Chemischen Fabrik vorm. E. Schering auf dem Wedding, Müllerstr. 170/171 und Jennichstraße, zum Ausbruch. Es brannte aufgespeicherter Spiritus in Fässern. Durch sofortiges kräftiges Wassergeben mit mehreren Schlauchleitungen gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die angrenzenden Fabrik- und Lagerräume zu schützen.

Von einem Straßenbahnwagen überfahren und getötet wurde in der Wiener Straße die Schülerin Elie Jahnke aus der Pöbener

Strasse. Sie geriet beim Ueberstreiten des Fahrdammes in der Nähe des Görtiger Bahnhofes unter den Wagen und war schon tot, als die Feuerwehr sie befreite.

**Einen schauerlichen Fund** machte der Wirt des Hauses Quigowstraße 36. Im Strahlenbricht entdeckte er die Leiche eines neugeborenen Kindes, das wahrscheinlich eines gewaltsamen Todes gestorben ist.

**Neulösn.** Die Proskommissionen sind mit Rücksicht auf die erforderliche Einschränkung des Heizungsmaterials und der Beleuchtung vom 1. Oktober d. J. ab zur Abfertigung des Publikums in der Zeit von 11-1 1/2 Uhr und von 3-5 Uhr geöffnet.

— Die Freie Turnerschaft Neulösn-Brig macht zur Feier ihres 22-jährigen Bestehens am Sonntag, den 30. September, eine Vereinspartie mit Musik nach Stolpe (an der Nordbahn), Restaurant Bergemann. Abfahrt: Vormittags 7.38 Bahnhof Neulösn bis Tegel. Gäste sind willkommen.

**Spandau, Lebensmittel.** Von Sonnabend ab kann auf Feld 2 der neuen Eierkarte ein Ei für 80 Pf. bezogen werden; Feld 4 der alten Eierkarte verliert mit Freitag seine Gültigkeit. Zur schleunigen Abnahme der jedem Einwohner auf Grund der Kartoffelkarten bis zum 21. Oktober zustehenden Kartoffeln fordert der Magistrat auf, damit die Kleinhandler schnell wieder die frischen Zufuhren abnehmen können.

— **Mittelungen über Leuchtkraft.** Vom 1. September ab dürfen bekanntlich nur 90 Proz. des vorjährigen Gas- und Stromverbrauches verbraucht werden. Die in den betreffenden Monaten des Vorjahres verbrauchte Gas- und Elektrizitätsmenge wird auf Anfrage auf Doppelpostkarte den Verbrauchern vom Magistrat mitgeteilt. Die Ausgabe der Petroleumbezugscheine für Heimarbeiter, Schiffer und Landwirte findet heute und Sonnabend im Zimmer 227 des Rathhauses statt.

**Tegel, Zur Kartoffelverförmung.** Um Kartoffeln einführen zu können, ist es notwendig, durch einen kurzen schriftlichen Antrag die hierzu erforderliche Einfuhrgenehmigung des Landrats des Kreises Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Str. 5, einzuholen. Alle an diesen um Bewilligung der Einfuhrerlaubnis zu richtenden Gesuche sind zuvor stets der hiesigen Wirtschaftsabteilung, Zimmer 80, zur Begutachtung, ob Bedenken gegen die Einfuhr bestehen, vorzulegen; sie werden dem Vorlegenden sofort zurückgegeben.

**Friedrichsfelde.** Eine neue Zuckerkundenliste wird am 1. Oktober bei den Kleinhandlern aufgelegt. Die Familienhaushaltungen und Einzelpersonen werden erlucht, bis zum 8. Oktober unter Vorlegung der Zuckerkarten bei dem Kaufmann ihrer Wahl die Eintragung zu bewirken. Für abhanden gekommene Zuckerkarten wird in keinem Falle Ersatz gegeben.

**Friedrichshagen.** Anmeldung zur Fleischkundenliste. Die Anmeldung muß bis zum 1. Oktober, mittags 12 Uhr, geschehen. Wer bis dahin keine Eintragung nicht bewirkt hat, geht seiner Anrechte verloren. Das Wechseln mit dem Fleischer kann bei dieser Neuanmeldung erfolgen.

— **Kunsthonig.** Heute gelangt auf Abschnitt 50 der Lebens-

mittelkarte Kunsthonig zur Verteilung. Auf jede Karte entfällt 1/4 Pfund zum Preise von 14 Pf.

**Konowas, Lebensmittel.** Von heute bis Montag werden auf Kartenabschnitt 3 der Eierkarte je ein Ei zum Preise von 30 Pf. abgegeben. Heute findet auf Kartenabschnitt 8 (rot) der Lebensmittelkarte der Verkauf von Delikatessbrotlingen statt. Die Waren werden in den fünf Verkaufsstellen der Gemeinde abgegeben. Die Kartenabschnitte behalten solange ihre Gültigkeit, bis alle Einwohner bedient sind. Von morgen bis nächsten Mittwoch findet auf Kartenabschnitt 9 der Lebensmittelkarte die Ausgabe von Auslandsanleihe statt. Auf jeden Abschnitt entfallen 125 Gramm. Für die nächste Woche dürfen auf die Abschnitte 75 u-z der neuen Kartoffelkarte höchstens 7 Pfund Kartoffeln entnommen werden. Bei Entnahme von Speisen in Einrichtungen der Volkshilfe, gemeinnützigen Speiseanstalten und Kantinen gewerblicher Betriebe sind auf die Woche für eine ganze Portion 8 von den 14 Wochenabschnitten, bei Entnahme einer halben Portion 4 von den 14 Wochenabschnitten abzutrennen. Nachdem für den Bezirk der staatlichen Verteilungsstelle Groß-Berlin die Kartoffelhöchstmengen für eine Woche auf 7 Pfund einheitlich festgesetzt ist, fällt die Ausgabe besonderer Kartoffelzulasskarten fort.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Waldmannslust.** Sonntag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Richard, in Virkenwerder, Hauptstr. 99: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Ad. Domnik über „Der Weg zur Demokratie“. 2. Bezirksangelegenheiten. 3. Beitragszahlung und Neuaufnahmen. Das Erscheinen aller Mitglieder der Orte Bergfelde, Virkenwerder, Glienide, Derrsdorf, Hohenneudorf und Waldmannslust wird erwartet. „Vorwärts“-Leser haben Zutritt.

### Jugendveranstaltungen.

**Schöneberg, Arbeiterjugend.** Sonntag, den 30. September, findet bei Hensel, Reintinger Str. 8, eine Schulentlassungsfeier statt. Anfang 7 Uhr. Die Jugendlichen, welche jetzt die Schule verlassen, sind willkommen. — **Mittwoch, den 3. Oktober,** Vortrag im Lokal. Anfang 8 Uhr.

### Briefkasten der Redaktion.

**K. M. Glindow.** Senden Sie sich an die Süddeutsche Maschinenfabrik Kirch. i. B. — **N. 76.** Darüber können wir Ihnen auch keine erschöpfende Auskunft geben; wenden Sie sich mit Ihrer Anfrage an das städtische Bureau für höhere Schulen, Berlin, Rathaus, Zimmer 100/105. — **K. M. 74.** Nein, nur als Unteroffizier. — **N. 3. 89.** Sie dürfen nicht geben, da Sie an den Vertrag gebunden sind. — **Hans, Zentralstelle für Lehrstellenvermittlung „Groß-Berlin“.** SO, Am Köpenicker Post 3.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittags.** Jemlich warm, vielfach heiter, keine erheblichen Niederschläge.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen der Metallarbeiter 182/13

**Emil Geisler**  
Schulstr. 36,  
am 25. Septbr. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Einäscherung findet heute Freitag, den 28. d. M., mittags 12 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße, statt.  
Kege Beteiligung erwartet.  
Die Erdbewahrung.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
Seitl. Neulösn.  
Am 25. September starb unter Mitglied, der Hilfsarbeiter

**Albin Franke.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen, Sonnabend, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof Mariendorfer Weg statt.  
147/2 Der Vorstand.

**Zum Sterbetage** meines geliebten Sohnes und unseres guten Bruders  
**Fritz Lubitz**  
gestorben 28. Sept. 1916.  
In schmerzlicher Erinnerung gewidmet von seiner Mutter u. Geschwistern.  
Lichtenberg, 28. Sept. 1917.  
O welchen Jammer, welche Qualen halt teurer Bruder du gelidmet. Du hästst, ach, gelebt so gern, und doch schwand jeder Hoffnungsstern. So war so reich dein ganzes Leben an Liebe, Arbeit, Sorg' und Eust. Wer dich gelannt, muß Zeugnis geben, wie fleißig du gearbeitet hast. Nun ruhe sanft und schlaf in Frieden, habe tausend Dank für deine Mühe; ob du auch bist von uns geschieden, in unseren Herzen stirbt du nie. Wieder Sohn, schlaf in Ruh', unsere Liebe deckt dich zu.

**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin Direksenstr. 20  
zwischen Bahnh. Alexanderplatz u. Volzgepräh. — Amt Kat. 3208.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Restaurant für alle Krankenkass.  
Heute u. morgen sehr billig:  
Oberbrücker Güte 4.25  
pro Pfund  
Reitenten u. Wollschöner 5.75  
Unterleinen, Gefäßgefäßstisch.

**Max Westheimer**  
Neue Jakobstraße 12.

**Stadt Karten.**  
Nach kurzem, schwerem Leiden starb plötzlich und unerwartet mein herzenguter Vater, Schwieger- und Großvater 482/1

**Emil Geisler**  
im 70. Jahre seines arbeitsreichen Lebens.  
In tiefstem Schmerz  
**Anna Geisler geb. Fahrow**  
und Kinder, Schulstr. 36.  
Die Einäscherung erfolgt heute, Freitag, den 28. Sept., mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Am Dienstag, d. 25. September, abends 11 Uhr, verstarb nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere Mutter, Tochter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin 544b

**Anna Heinig**  
geb. Barons.  
Dies zeigt an in tiefem Schmerz der trauernden Gatte  
**Kurt Heinig**  
nebst Kindern Kurt und Lieschen.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. Sept., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Vorfigswaldes Friedhofes aus statt.

**Schmerzliche Erinnerung zum Geburtstage!**  
Als Opfer des Weltkrieges fiel am 24. Februar 1917, kurz vor seinem Heilung, mein innigstgeliebter Mann, Bruder, Schwager u. Onkel, der Kremlerungsoldat

**Gregor Schade**  
im 32. Lebensjahre.  
In tiefer Trauer:  
Die schwergeprüfte Witwe  
**Marie Schade**  
geb. Wuhgang  
nebst Schwester, Brüder, Schwager, Schwägerin und Nichten.  
Du starbst so früh und wirst so schwer vermiss, Du warst so gut, doch man Dich nie vergißt. Du schriebst uns stets: auf halb'ges Wiederleben. Doch niemals kann es mehr geschehen.  
Du ruhest nun ans im kühlen Grab.  
O dieser Krieg reißt noch die letzten Stützen ab.  
Ruhe sanft! 125b

**Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk.**  
Goldkronen, Brücken, Pfomben, Zähne ohne Platte, Zahnzieh, mit Betäubg., Umarbeitg., Reparatur, sofort. Bill. Preise, auch Teilz.  
**Zahn-Praxis M. Löser** Brunnenstraße 185,  
nahe Invalidenstr. Persönl. zu sprech. 10-7. Sonnt. 10-12. Tel. Nr. 11503

## Jeder sei gerüstet

an dem friedlichen Wettkampfe teilzunehmen, der diesem Kriege folgen wird. Hierzu befähigt ihn am sichersten eine umfassende Allgemein- u. fachl. Bildung.  
**Rasch und gründlich** führt die Methode Rustin (Haut Direktoren höher. Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter) jeden Vorwärtstrebenden ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des Einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissensch. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann. Die geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Ein-Freiw.-Prüf., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfung, Zweite Lehrprüf., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbauschule, Präparand, Konservatorium. Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenl. durch Bonness & Hachfeld, Potsdam. Postfach 224.

**Winter-Mäntel**  
Kostüme und Röcke  
Wasserdichte Mäntel  
gibt jetzt auch an Private  
Bilskis Damenmäntel-Fabrik  
Krausenstr. 30, Hof, Erdgesch.

**Moderne Kostüme, Mäntel,**  
eleg. Kleider, Röcke  
aus la Stoffen, neueste Formen! 218L.  
Ulster, Plüsch- u. Tuchmäntel  
Kostüme Kleider  
**Sammet-Mäntel**  
Jacketts  
Blusen! Regenmäntel!  
Gr. Auswahl - alle Größen  
Fabriklager - Verkauf an Private.  
**MICHAELIS**  
Mauerstr. 80, 1 Trepp  
neben Konzerthaus.

# Kundgebung der deutschen Wirtschaftskräfte für die 7. Kriegsanleihe

am Freitag, 28. September, abends 8 Uhr pünktlich im Zirkus Busch, Bahnhof Börse.

**Eröffnungswort:** Reichstagsabgeordneter Geh. Justizrat Dr. Nießer, Präsident des Hansa-Bundes und des Zentral-Verbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes.

**Ansprachen** werden halten die Herren: Staatssekretär des Reichsschatzamt's Graf v. Roedern und Vorsitzender des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Vermuth, ferner die Reichstagsabgeordneten: Erzberger, D. Raumann, Graf v. Pofadowsky-Wehner, Dr. Strefemann, Dr. Südekum, Graf v. Westarp, sowie als Vertreter der großen Wirtschaftsgruppen: Kommerzienrat Friedrichs, Präsident des Bundes der Industriellen, Dr. Koehler, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände, Obermeister Plate, Vorsitzender des Deutschen Handwerks- und Gewerbelammertags, Geh. Kommerzienrat Ravené, 1. Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Reichstags- und Landtagsabgeordneter Dr. Köstke, Vorsitzender des Bundes der Landwirte, Stegerwald, Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften.

**Schlusswort:** Rittergutsbesitzer Freiherr von Wangenheim, Vorsitzender des Bundes der Landwirte.

Männer und Frauen ohne Unterschied der politischen und wirtschaftlichen Richtung sind hiermit eingeladen.

Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. — Arbeitsgemeinschaft der Kaufmännischen Verbände. — Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände. — Bund der Festbesoldeten. — Bund der Industriellen. — Bund der Landwirte. — Bund deutscher Frauenvereine. — Zentralausschuß der vereinigten Innungs-Verbände Deutschlands. — Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer-Vereine. — Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes. — Zentralverband Deutscher Industrieller. — Deutsche Mittelstands-Vereinigung. — Deutsche Staats-Handwerker- und Arbeitergemeinschaft. — Deutscher Anwaltsverein. — Deutscher Apotheker-Verein. — Deutscher Bauernbund. — Deutscher Bühnen-Verein. — Deutscher Handelstag. — Deutscher Handwerks- und Gewerbelammertag. — Deutscher Landwirtschaftsrat. — Deutscher Sparkassen-Verein. — Deutscher Städtetag. — Deutscher Volkswirtschaftlicher Verband. — Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe. — Generalverband der ländlichen Genossenschaften für Deutschland. — Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger. — Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. — Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie. — Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände. — Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften. — Interessengemeinschaft der Reichs- und Staatsbeamten-Verbände. — Kartell der deutschen Kauf- und Staatsarbeiter-Verbände. — Kartellverband deutscher Werkvereine. — Reichsdeutscher Mittelstandsverband. — Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. — Reichsverband der deutschen Presse. — Reichsverband Deutscher Städte. — Schutzverband für deutschen Grundbesitz. — Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. — Verband der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker). — Verband der Deutschen Größeren Landgemeinden. — Verband der Handels- und Rabattsparevereine Deutschlands, Vertretung für Handel und Gewerbe G. B. — Verband der katholischen Arbeitervereine. — Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Verband deutscher Beamtenvereine. — Verband Deutscher Diplom-Ingenieure. — Verband deutscher Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. — Verband preussischer Landkreise. — Verein Deutscher Chemiker. — Verein Deutscher Ingenieure. — Verein Deutscher Zeitungs-Verleger. — Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands. — Vereinigung der deutschen Bauernvereine. — Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger. — Zentralverband des Deutschen Großhandels. — Zentralverein Deutscher Reeder.

Eintrittskarten sind bei den vorstehend genannten Verbänden und auf der Geschäftsstelle, Dorotheenstr. 36, zu haben.

Beim lettischen Bürgermeister.

Dies war über zwei Jahre lang der Bürgermeister Nigas, nach dem der deutsche bei Kriegsbeginn seinen Posten verlassen mußte. Er ist ein wohlhabender Mann — gute Bilder an den Wänden — Deutsche und lettische Bücher in den Schränken — mit fehlerfreier deutscher Sprache — jedermann würde ihn in Frankfurt oder Berlin für einen Deutschen halten. Er gehört dem kleinen konservativen, dem Bourgeois-Flügel der lettischen Partei an. Bis vor 50 Jahren gingen die emporzukommenden Letten im Deutschtum willig unter. Von da ab beginnt der lettische Nationalismus, Separatismus, dem auf deutscher Seite eine strengere Exklusivität antwortet.

Der ehemalige Bürgermeister — seit der Revolution ist er abgesetzt — klagt zunächst über den Wirrwarr der letzten Monate, genau wie die Deutschen es tun. Die Ernte ist schlecht in Livland — weil viele Güter von herumstreifenden Soldaten beschlagnahmt sind und ungenügend verwaltet werden. Die Industrie verdirrt, weil die Arbeiter „unerhörte“ Lohnforderungen stellen. Die Stadt macht Bankrott, weil niemand Steuern zahlt und kein Beamter weiß, wem er verantwortlich ist. Der Arbeiterrat ist ein Komitee von Hausgenossen, die die besten Automobile der Stadt beschlagnahmt haben und sich in alle Angelegenheiten mischen. So irrt der Lette von seinen Vandalen. Er ist ein bürgerlicher Ordnungsmann durch und durch. Und man versteht jetzt, warum die radikalen Letten ihn und seine Partei so scharf bekämpfen. Sein Lettentum geht nur soweit, als sein gehobenes Bourgeoisbewußtsein es zuläßt. Darüber hinaus steht es an der Seite der deutschen Standesgenossen.

Aber er ist doch ein Lette. Er lobt ihren Fleiß — ihre Intelligenz — ihre ausgebaute Kreditgenossenschaftswesen draußen auf dem Lande. Er kennt Deutschland und meint, daß der lettische Bauer dem ostdeutschen gleichkommt. Er rühmt auch die Tapferkeit der lettischen Soldaten. Seien sie seit der Revolution auch die radikalsten Pöbel, so hätten sie bis dahin doch hier oben an der Nordfront tapferer als alle anderen gekämpft. Nadko Dimitrieff, der Armeekommandant, habe sie besonders geliebt, und viel hat der russischen Soldaten entzogenem Reichtum. Zwischen Letten und Russen seien die Verhältnisse groß wie immer. Denn die Letten seien eine gebildete Nation und blickten auf die Russen mit Stolz herab. „Russe“ — das sei bei ihnen fast ein Schimpfwort. So sprach er selbstbewußt, fast hochmütig. Er ist doch ein Lette.

Was soll aus Lettland? und aus Niga werden? Der Bürgermeister sagt, daß ein freies Lettland kommen muß. Davon wurde seit der Revolution ganz öffentlich gesprochen. „Sind wir doch in Lettland und nicht in Rußland mehr“ — diese Worte fielen vor ein paar Wochen im Nigaer Rathaus ohne Widerspruch. Wie dies Lettland aussehen soll, darüber hatte jeder eine andere Meinung. Rußland und die sibirische Hälfte von Livland sollte es sicher umfassen. Aber auch das Gouvernement Ditebal dürfte nicht fehlen mit seinen 200 000 Letten. Ob es eine Republik werden sollte, ein russischer Bundesstaat oder ob es sich mit Deutschland verbinden sollte, darüber wurde in all den Monaten hin- und herdebattiert, aber ohne jeden Erfolg, ohne Klarheit. Der Bürgermeister enthält sich nicht. Aber es scheint, daß unter den radikalen Letten die meisten Russenfreunde, unter den gemäßigten dagegen die meisten Russenfeinde seien, die auf Deutschland ohne Haß blicken. Der Bürgermeister ist ein Ordnungsmann. Er hat mit Kerenski und dem Fürsten Lwow öfter in Petersburg verhandelt. Kerenski, der übrigens gesund und munter ist, hält er für einen schwärmerischen Idealisten, der als echter Russe sehr schnell seine Bestimmung ändert, immer aus subjektiver Wahrheit, immer aus seinem „Tschuwstwo“ („Gefühl“) heraus, aber zum Fürsten Lwow hat er gesagt: „Solange Sie diese Unordnung hier haben, Fürst, solange laufen Sie Gefahr, daß Lettland Dindenburg als seinen Befreier begrüßt.“

Auch unter den Letten gibt es viele kluge Köpfe mit dem politischen Sinn, den eine gedrückte Minorität sich leichter erwirbt als ein saturiertes Volk. Manchmal streift ihr Nationalbewußtsein ans Eitle und Kindliche. Diese Nation ist „geschichtslos“ — in viel tieferem Sinne, als Marx es einst von den sibirischen Slawenböckern sagte. Ich fragte den Letten um Schluß, was er von den nächsten Aufgaben des deutschen Siegers im besetzten Livland hielt. — Er sagte: „Rußland ist ein großes Rästel. Sie können sich und uns

hier viel verderben. Aber wenn Sie eine geschickte Politik machen, können Sie von hier aus tief nach Rußland hineinwirken.“

Dr. Adolf Köster, Kriegsberichterstatter.

„Geheime Mächte.“

Man sagt, das Wunderbare sei von der Erde verschwunden, heißt es bei G. Th. A. Hoffmann; ich glaube nicht daran. Die Wunder sind geblieben; denn wenn wir selbst das Wunderbare, von dem wir täglich umgeben sind, deshalb nicht mehr so nennen wollen, weil wir einer Reihe Erscheinungen die Regel der zünftigen Wiederkehr abgelauert haben, so fährt doch oft durch jenen Kreis ein Phänomen, das all unsere Klugheit zu schänden macht.“ Der Gespenster- und Dämonenglaube ist eine Keuherung der Begrenztheit des menschlichen Erkenntnisvermögens; ein Ausdruck des Fremdgefühls, von dem der Mensch in der „ungeheuren Riesenschale des All“ bestürmt wird. Das Vordringen des forschenden Geistes entzweit dem Unbekannten Bezirk um Bezirk, und es zerstört die grotesken und barbarischen Formen primitiver, abergläubischer Naturvorstellungen. Aber das Mächtigste bleibt genug, und wenn die Seele in sich selbst hinabtaucht, umfängt sie der Schauer des Abgrundes. Es gibt dort genug der Phänomene, die sich der Deutung entziehen und die Mechanik des Lebens in Verwirrung bringen. Der romantische Geist, diese „poetische Mystik“, ist diesen Erscheinungen mit Vorliebe nachgegangen. Man braucht nur die Namen der Hoffmann und Poe zu nennen, die mit einer Art zweiten Gesicht für das „Phantastische der Wirklichkeit“ begabt waren. Aber auch die moderne Seelenforschung hat der Dichtung in dieser Richtung neue Anregungen gegeben, und es ist ein neuer Gleichmut an der „dunklen Materie“ erwacht. Fern von allem Mystizismus, suchen die Dichter mit den Mitteln schärferer Analyse in die Bezirke des Unbekannten einzudringen, um das Wissen ans Licht zu holen. Gleichzeitig aber entfallen sie, in der ungeheuer gespannten, sachlichen Konzentration, in der Verklärung der Stimmung, eine Kunst, die voll der feinsten Phantastik, in aller Realität ist, und die alle Schauer des Unheimlichen, Fremden kennt.

In diese Region gehört ein Buch des Dänen Otto Kung: „Geheime Mächte“ (Verlag Gustav Kiepenheuer, Weimar). Es ist eine Sammlung Geschichten, die alle vom Problem des Willens handeln, von dem geheimnisvollen Einfluß menschlichen Willens und dem lebensverneinenden Kampf seelischer Energien. „Suggestion bestimmt die meisten Dinge“, heißt es in einer der Erzählungen. Kung doktriert nicht über das Problem der Suggestion. Aber er zeigt die Tatsache, das grausame Spiel der dunklen Mächte, die in den Menschen verborgen liegen. Er streift das Unheimliche; aber wie er es fest ins Auge faßt, rückt es der Erkenntnis näher, wird es für einen Augenblick greifbarer. Da erzählt er, in „Fron Worland“, ein modernes Spinnmärchen, in dem der härtere Wille der Dämonin das Geheimnis auslauge. In „Hadi Vaskas Schicksal“ gibt er neue Wendung der uralten Sumpfvorgänge. Im „Blinden Passagier“ schwebt einer vor dem geschlossenen Willen der Gesamtheit dahin. Erschütternd ist, wie in „Der Chirurg“ der Vater durch die geheimnisvolle Macht des Willens den Herzschlag seines Kindes noch über den Tod wach hält. Uralte Mythologien klingen noch in diesen Erzählungen. Kung formt alte Sagen, in denen der Menschen Ahnen der dunklen Kräfte sich ihren Ausdruck suchen, aus unserem Empfinden neu, wie die Mär von fliegenden Holländer in der Erzählung vom Lustpiloten Jacqueline. Die Urkraft steigt auf; aber dahinter drängt der Wille zur Erkenntnis empor. „Immer glaube ich, daß die Natur gerade beim Abnormen Wille vergnügt in ihre schauerliche Tiefe“, sagt Hoffmann. Der künstlerische Reiz dieser Erzählungen aber liegt im Abenteuerlichen, in dieser zwiefältigen Wirklichkeitsphantastik und in dem lächnen leidenschaftlichen Tempo voll motorischer Energie.

Wie können wir beim Warmbaden sparen?

Mit der notwendig gewordenen Kriegseinschränkung des Kohlenverbrauchs werden wir uns abfinden und deshalb auch mit heißem Wasser zu Badezwecken sparen müssen. Die Praxis der Naturheilkunde zeigt, wie wir dem Naturarzt entnehmen, einen Weg, wie mit geringstem Kosten- und Materialaufwand die notwendige Hautkultur getrieben werden kann.

An Stelle der Wollbäder mit 150—200 Liter heißem Wasser können Teil-, (Halb- und Sitz-) Bäder mit dem dritten, vierten oder fünften Teile Wasserverbrauch, aber gleicher Wirkung treten.

mit dem er ihnen Lebewohl sagte, schweißbedelnd und kläffend emporspringen. In diesem Augenblick kam aus dem Stallgebäude ein Mann in Hemdbärmeln gelaufen, der heftig die Arme schwenkte. Wahrscheinlich handelte es sich um irgend etwas, das der Herr zu Hause vergessen hatte. Well, das läßt sich in der Ballstreet laufen, dachte Hotkins, ließ ihn winkeln, lehnte sich zurück und öffnete ein gewisses Ventil in seinem Gehirn. Und sogleich fing der Apparat zu funktionieren an: die vierzig Telegramme, die im Lauf der Nacht an Hotkins' Privatsekretär gekommen waren, begannen sich zu verbinden und Figuren zu bilden. Alright! dachte er. Heute kommt es dazu. Wilson kann nicht mehr. Ist total fertig. Seine letzten Manöver waren Krampfzuckungen. Heute schlage ich zu, und in fünf Tagen ist er tot.

Etwas Erstaunliches fiel ihm in diesem Augenblick auf. Zur Rechten der Straße lag eine weiße Villa, die nicht hier liegen sollte. Und gleich darauf wirbelte eine Pappelreihe an ihm vorbei, wie ein Spalier schwarzer Fahnenträger.

Hallo, dachte Hotkins. Was ist das? Soll dies etwa eine Wegführung sein? — Er war wenig orientiert in diesen Straßen, die ihm nichts als Kilometerlängen bedeuteten. Aber unmittelbar danach schoß ein Komplex weißer Häuserblöcke an ihm vorüber, eine Villenstadt, die, wie er bestimmt wußte, nicht zum Programm des Weges gehörte. Neberraucht und erboßt wandte er sich rechenhaftfordernd nach seinem Chauffeur um, dessen weiße Staubmaske er hinter dem Kaleschenschirm unbeweglich vor sich hin gerichtet sah, während alles andere in der Welt bei der immer wachsenden Fahrtgeschwindigkeit in Wirbel und Rauch zerfloß.

„Jerusalem!“ schrie Hotkins. „Wohin fahren Sie, Mensch?“

Er erhielt keine Antwort. Und nun erst entsann er sich mit einem Male der Gesichtszüge des Mannes, der ihm mit flatternden Armen aus der Gitterpforte nachgelaufen war. Zum Teufel auch, das war ja nach gewesen. Nach, sein Chauffeur, der erhitzt und aufgeregter aus seiner Wohnung im Norweg heraufgestürzt gekommen war, um ihn nachzurufen.

Hotkins duckte sich und sah einen Augenblick ganz stumm. Erst nachdem er sich gesammelt und die Situation ein wenig überdacht hatte, begann er ganz sachlich über die Schulter nach hinten zu schauen. Er erinnerte sich einer Tags zuvor stattgefundenen Benzinexplosion, bei der nach sich die linke Hand verbrannt hatte. Und er konstatierte, daß die breiten und starken Hände hinter ihm, die das Steuerrad so fest umklammert hielten, weder von Brandwunden noch Narben wußten. Es waren also nicht Nachs Hände. Eine weitoffene Landschaft mit kanalisierten Feldern eilte jetzt an ihnen vor-

Bei auch diese nicht auszuführen vermag, kann mit einem kleinen Eimer heißem Wasser, also mit wenigen Litern, wenn's gilt mit 2—3, sich heiß abwaschen. Man stelle sich in die Badewanne oder auf ein Handtuch und bespüle sich von oben bis unten mit einem Schwamm, einem Tuch oder den bloßen Händen, mit dem heißen Wasser. Sofort tauche man die Hände in kaltes Wasser und reibe sich kurz einigemal kalt ab. Darauf wird die Haut trocken gerieben. Die ganze Wasserkur, einschließlich eines abschließenden Fußbades, braucht nicht länger als 5—10 Minuten zu dauern. Diese Verriegelungen im Hause erfolgen ausgezeichnet auch die Frauenbäder und beanspruchen weniger heißes Wasser als sie.

Tägliches Streichen, Abklatzen und Reiben der Haut mit trockenen Händen oder dem Frotteierhandtuch läßt einen wohlthätigen Reiz aus und sorgt dafür, daß die Haut gut durchblutet wird.

Verbunden damit sei das tägliche Luftbad mit Übungen des Tiefatmens; bei gutem Wetter im Freien, bei kaltem im Zimmer mit mehr oder weniger offenen Fenstern.

Hauptregel bleibt: Wärmeverluste vermeiden! Das gilt für alle empfohlenen Übungen. Die Folge aber muß ein behagliches Gefühl der Erfrischung und Durchwärmung sein. Deshalb sind bei kaltem Wetter die Teilbäder und Wechselabwaschungen im geheizten Raum vorzunehmen.

Noch so eine teuflische Hochenerfindung!

Was haben wir nicht alles schon auf dem Gewissen! Nun sollen wir auch noch gar daran schuld sein, daß die Französinen keine Kinder kriegen. Man lese und staune nicht. Im „Petit Journal“ vertritt ein Mitglied der Academie, Raphael Georges-Lévy, den Standpunkt, daß die bei der französischen Damenwelt so beliebten hohen Absätze eine Erfindung des — deutschen Generalstabs (wörtlich so) seien. Man wird vielleicht denken, daß er nur einen Scherz machen will. Aber man urteile selbst:

„Ich frage mich allen Ernstes, ob die hohen Absätze nicht eine Erfindung der Wecken sind, die in die gleiche Kategorie wie die giftigen Gase und die Flammenwerfer fällt. Es gab sehr viele deutsche Schuhmacher in Paris vor 1914. Sicherlich war es irgend ein Schuhmacher von jenseits des Rheins, der zum Unglück unteres Land, den teuflischen Plan sah, die französischen Frauen unfruchtbar zu machen, indem er ihnen diese schauerliche Fußbekleidung aufzwang. Auch das gehört mit zum Vernichtungssplan, den der große Generalstab Wilhelm II. gegen unsere Rasse faßt.“

Ich verlange, schließt der Verfasser seinen Artikel, daß durch Gesetz das Tragen von Absätzen, die mehr als zwei Zentimeter hoch und schmäler als die Sohlen sind, bei Strafe verboten wird.“

Wenn es sich aber dann erweisen sollte, daß die Französinen dem männlichen Teil der Bevölkerung weniger verführerisch erscheinen und das Bevölkerungsproblem darunter mehr als je leiden sollte, so wollen wir jede Weite eingeben, daß es dann wieder die bösen Wecken sind, die mit dem plumpen, ungraziösen Weckenstiefel das französische Volk zu verderben suchen.

Notizen.

Der neue Zwanzig-Marksteine, der uns selber noch nicht zu Gesicht gekommen ist, wird in der „Frankf. Ztg.“ also charakterisiert:

Man wollte es besonders gut machen und hat sich an einen berühmten Figurenmaler gewandt, ohne zu wissen, daß es bei einer dekorativen Aufgabe nicht auf einzelne Figuren, sondern auf den gesamten Entwurf des Ganzen ankommt. Dabei müßte von dem sachlich Gegebenen, von der Intimität ausgegangen und diese organisch in das Blatt eingedreht werden. Kein Kunstgewerbeschüler dürfte heute mehr seinem Lehrer mit einer derartig ärmlichen und billigen Lösung der Flächenfüllung kommen, wie sie hier gegeben wird. Die offizielle Kunst bleibt bei uns hoffnungslos.

Einheimische Zigaretten. Mit der zunehmenden Knappheit an Tabak ist der Bedarf an Zigaretten um so mehr gesunken, als der Verkauf in ganzen Riten eine starke Einschränkung erfahren hat. Da die gewöhnlich zu diesem Zweck benutzten Hölzer nicht mehr eingeführt werden können, muß heimisches Holz an ihre Stelle treten. In der Pappelholz läßt sich namentlich auch Erlen- und Birkenholz verwerten, allenfalls auch Eichen- und Lindenholz, während Eichenholz für Zigaretten zu schwer und auch sonst nicht besonders geeignet ist.

Bei Sie führen mithin gerade nach Norden, während Chicago direkt südlich lag.

Hotkins nahm sich zusammen. „Hallo!“ rief er den Chauffeur an. „Wer sind Sie?“ Und als noch immer keine Antwort kam: „Wohin führen Sie mich? Wer hat Sie gedungen?“

Er war vollständig überzeugt, daß dies nur Wilsons Werk sein konnte und wartete gar keine Antwort ab.

„Wer hat Sie bezahlt?“ frag er weiter. Es war ja ganz zweifellos Wilson, der die Sache inszeniert hatte, Wilson, der große Kornspekulant, der nun seit Monaten mit Hotkins um die Herrschaft über den Markt rang. Er wußte, dachte Hotkins, daß ich es noch lange aushalten kann, während er selbst in den letzten Zügen liegt. Darum will er mir heute den Garaus machen, um den Markt für sich allein zu haben, will meine Hände lähmen, um die feintigen zu oberst zu legen. Na ja, desperat genug ist der Schritt und dabei hinterlistig wie ein Indianerstreich. Aber mich soll er nicht Kettenkriege! Es ist nicht das erste Mal, daß ich ihm die Stirn geboten und ihn mattgesetzt habe.

„Hundert Dollars, wenn Sie mich sofort in die Jacksonstreet bringen,“ warf er versuchsweise über die Schulter hin und fuhr, als keine Antwort erfolgte, ohne Bedenken fort: „Tausend Dollars und keine Polizei hinterher.“

Ein leise knirschender Laut drang aus der Staubmaske hervor, als läche der Mann oder stiesche die Zähne.

Hotkins zog sein Schraubrad heraus. „Zehntausend Dollars, cash down (bares Geld),“ schlug er vor. „Schlagen Sie ein, solange ich bei Laune bin.“ Es handelt sich hier um Millionen, dachte er. Hier ist eine Ware: eines Menschen Wille, den Wilson gekauft hat; ich muß ihn überbieten.

Auch jetzt antwortete der maskierte Chauffeur nicht, nahm aber die Arlimmung des Sockelweges in einer so scharfen Kurve, daß der Wagenstirn gegen die Pfasterung des Straßenrandes dröhnte. Hotkins las die Kontrolluhr ab und sah, daß sie mit hundert Kilometer Geschwindigkeit fuhr.

„Langsamer!“ brüllte er. „Sie fahren uns ja geradewegs nach Gehenna hinein!“

Sie rasten jetzt über eine breite Chauffee, deren weiße Bremssteine an ihnen vorbeiwirbelten wie Geldmünzen, die aus einer Rolle aufgezählt und hinter ihnen zu einem neuen Stapel angehäuft wurden. Ungeheure flache Felder lagen um sie her und am Horizont schlängelte sich nebelverschleiert der weilige Gürtel der Anhöhen. Wir sind mindestens zwanzig Meilen von der Wallstreet entfernt, dachte Hotkins. Und von plötzlichem Schreck durchzuckt, schrie er: „Mein letztes Wort: 400 000 Dollars und keinen Cent darüber!“ (Fortf. folgt.)

Der Weizenkönig.

Von Otto Kung.

J. B. Hotkins, einer der größten Börsenmakler Chicagos, hatte sich kürzlich ein Motor-Vandaulet neuesten Modells angeschafft. Er interessierte sich zwar längst nicht mehr für Automobilsport, benötigte aber dringend eine Expresbeförderung ersten Ranges von seiner Villa nach der Jacksonstreet, wo sich seine Kontors befanden. Die Maschine war niedrig, breit und bequem, ließ ihre 140 Kilometer und war nach Hotkins' ausdrücklicher Anordnung so gebaut, daß er die Elbogen des Chauffeurs nicht an seiner Person zu verspüren brauchte. Die Steuervorrichtung war nach Hansom-Art hinter der Kalesche angebracht worden, so daß Hotkins in der angenehmen Lage war, sich in seinem eigenen Wagen als der einzige oder doch zumindestens als der vorderste zu fühlen.

Auf der allerersten Fahrt mit diesem neuen Motortwagen ereignete sich nun folgender Vorfall:

Der Weizenmarkt hatte zu eben jenem Zeitpunkt eine stürmische Krise durchzumachen, und Hotkins war Führer eines Corner in Weizen, einer Blockade des Marktes, eines Riesenaufkaufs der gesamten Jahresernte von Millionen Bushels, der gleich einem gewaltigen Vakuum auf allen Magazinen der Welt lagerte und zog und zog. Der von Tag zu Tag heftiger hinaufgeschraubte Weizenpreis brachte als natürliche Folge große Kursstürze an der Fondsbörse und gleichzeitig in gewissen Ländern der alten Welt eine außerordentliche Protteuerung mit sich, welche J. B. Hotkins jedoch lediglich als sehr erfreuliches Barometerzeichen einer steigenden Nachfrage begrüßte. Im Verlaufe einiger Wochen war der Preis nahezu bis zu der Höhe hinaufgetrieben worden, welche Hotkins dem Markte zu diktiertem beabsichtigt hatte; leider blieb der Kurs jedoch infolge der heftigen Gegenzüge eines gewissen Kollegen steten Schwankungen unterworfen. Um nun endlich den entscheidenden Coup auszuführen, den den Markt endgültig in seine Hände liefern sollte, hatte J. B. Hotkins an jenem in Rede stehenden Morgen telephonische Order gegeben, das Automobil eine Stunde vor der gewohnten Zeit bereitzuhalten.

Punkt neun Uhr tutete das dreistimmige Sirenenhorn, und Hotkins eilte durch das weiße Vestibül, wo der Diener rasch den Eisbärpelz um ihn schlug, die Marmorstufen hinauf und nahm in der Tiefe der schaukelnden Wagenstufen Platz. In einer reißenden Kurve nahm der Motor die Biegung um das große Rassin in der Mitte des Hofes. Hotkins sah seine schottischen Bindspiele, die auf dem Rasenplatz spielten, bei dem bekannten Dreiklang des Hornsignals,

